

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporture sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn per Kreuzband 1.15 M.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Anzeigen müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5gespaltene Beilage kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. zu senden.

Nr. 4.

Sonntag, den 24. Januar.

1909.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabak-Arbeiter müssen bis spätestens Montagabend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus) oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59, gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

Das Dreiklassenwahlrecht in Preußen.

In Preußen wird die Wahlrechtsbewegung in der nächsten Zeit wieder lebhaftere Gestalt annehmen. Im preußischen Abgeordnetenhaus sollen die Wahlrechtsanträge der freisinnigen Ende nächster Woche zur Beratung kommen, wenn die reaktionären Parteien, die dank dem schwachvollen Dreiklassenwahlrecht dort die Mehrheit haben, nicht in letzter Minute noch andere Dispositionen treffen und die Beratung dieser Wahlrechtsanträge wieder verschleppen.

Die Vertretung der Klassenbewußten Arbeiter im preußischen Abgeordnetenhaus ist nur 7 Mann stark und kann nach der Geschäftsordnung dieses Hauses keine selbständigen Anträge stellen. Nach dem Sunifolge in Berlin und Hannover-Linden müssen die Junker und Bourgeois, die früher die preußischen Landtagsitze für sich monopolisiert hatten, den Schrei der entrechteten Volksmassen auch in der preußischen Kammer anheben. Von 443 preußischen Landtagsmandaten konnte die größte politische Partei Preußens, die Sozialdemokratie, freilich nur sieben Mandate erobern. Das ist der beste Beweis für die himmelschreiende Ungerechtigkeit dieser Karikatur eines Wahlrechts.

Nun hat die Thronrede eine organische Fortentwicklung des bestehenden preußischen Wahlrechts in Aussicht gestellt. Die regierende Bureaucratie des preußischen Klassenstaats ist mit Erhebungen über die Wirkungen der verschiedenen Wahlssysteme beschäftigt, denen Ermäßigungen folgen sollen. Diese Erhebungen und Erwägungen werden unsanft unterbrochen werden durch die Beratung der Wahlrechtsanträge im preußischen Dreiklassenhaus. Das preußische Volk, das in seiner Art 1909 den 60. Geburtstag der preußischen Dreiklassenwahlrecht feiern wird, protestiert gegen die organische Fortentwicklung des Dreiklassenwahlrechts und fordert gebieterisch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen.

Welche Bedeutung der preußische Landtag gerade für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen hat, haben wir in diesen Blättern während der preußischen Landtagswahlbewegung eingehend auseinandergesetzt. Die seither verfloffenen Monate haben uns nur zu recht gegeben. Wir brauchen nur an die graufige Grubenkatastrophe auf Zeche Rabbod zu erinnern!

Wenn die preußischen Arbeiter und Arbeiterinnen anlässlich der preußischen Wahlrechtsbewegung zu Massenprotesten aufgerufen werden, so werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen in vollem Maße ihre Pflicht tun und den herrschenden Gewalten deutlich zu Gehör bringen, daß die Reden der preußischen Arbeiterabgeordneten draußen ein millionenfaches Echo finden.

Das Zentrum und die Gewerbenovelle.

Mit seiner Arbeiterfreundlichkeit macht das Zentrum ungläubliche Reklame. In den höchsten Tönen hat die Zentrumspreffe die Erfolge ihrer Partei gefeiert und behauptet, daß durch die Tätigkeit des Zentrums mancher Mißstand beseitigt werde. Aber nicht alle Erfolge des Zentrums werden Gesetz. Manche Errungenschaft wurde bei der Weiterberatung gestrichen, weil das Zentrum selbst für die Streichungen stimmte. Die schönen Bestimmungen brauchen ja nur so lange in der Vorlage stehen, als die Zentrumspreffe Zeit gebraucht, das Zentrum zu preisen. Als dieses Lob verfliehet war, hatte das Zentrum kein Interesse mehr daran, die Verbesserungen Gesetz werden zu lassen. Nun, da die Novelle, soweit sie die Frauenarbeit betrifft, verabschiedet ist, verlohnt es sich, zusammenzufassen, was das Zentrum bei diesem Teil der Novelle bekämpft hat.

Durch die Novelle werden die Begriffe: „Fabrik“ usw. aus der Gewerbeordnung ausgemerzt und der Arbeiterschutz abhängig gemacht von der Zahl der in einem Betriebe beschäftigten Personen. Der Schutz soll nicht auf Kleinbetriebe ausgedehnt werden. Als Kleinbetrieb bezeichnet man in der Gewerbebeziehung alle Betriebe mit fünf oder weniger Personen. Unsere Genossen hatten beantragt, die Schutzbestimmungen auf alle Betriebe mit mehr als fünf Personen auszudehnen, das Zentrum stimmte dagegen und brachte den Antrag zu Fall. In der Novelle ist die höchste Zahl eingesetzt, die die Berner Konvention zuläßt, nämlich die Zahl zehn.

Unsere Genossen wollten verhindern, daß die Bestimmungen dadurch umgangen werden, daß man in Betrieben mit mehr als zehn Personen einem Teil der Arbeiter

Hausarbeit gibt und dadurch die Zahl der im Betriebe arbeitenden Personen auf neun herabschneidet. Sie beantragten, daß bei Zählung der Arbeiter auch die für den Betrieb beschäftigten Hausarbeiter mitgezählt werden sollen. Das Zentrum stimmte dagegen und schuf dadurch eine Gesetzesbestimmung, die zur Vermehrung der Hausarbeit anreizt. Grell beleuchtet wurde die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums durch einen Antrag, der selbst das bestehende Gesetz noch verschlechtern wollte. Das Zentrum beantragte, daß Kinder unter 14 Jahren in sogenannten Handwerksbetrieben bis zu zehn Stunden täglich beschäftigt werden können und der größte Teil der Schutzbestimmungen für jugendliche Arbeiter im Alter von 14 bis 16 Jahren außer Kraft gesetzt werden sollte. Obwohl für diesen Antrag in der Kommission nicht einmal die Freikonservativen stimmten, brachte das Zentrum den Antrag im Plenum wieder ein und mußte auch hier erleben, daß die übergroße Mehrheit den geradezu gemeingefährlichen Antrag ablehnte.

Das Zentrum stimmte gegen den Neunhunderttag mit Uebergang zum Achtstundentag für weibliche Arbeiter. Das Zentrum bekämpfte selbst die auf seinen Antrag in der Kommission angenommene Bestimmung, wonach Frauen, die ein Hausweib zu besorgen haben, an Sonnabenden sowie an Vorabenden von Festtagen nur sechs Stunden beschäftigt werden dürfen, indem es folgenden Zusatz beantragte: „Zedoch ist die Beschäftigung bis zu acht Stunden gestattet, soweit betriebstechnisch dadurch die Weiterarbeit anderer Arbeiter bedingt ist.“ Dadurch würde der Sechstundentag in das Belieben der Fabrikanten gestellt sein, denn der Fabrikant hat es doch in vielen Betrieben in der Hand, die verheiratete Frau an solchen Posten zu stellen, wo von ihrer Anwesenheit die Weiterarbeit anderer Arbeiter abhängig ist. Dieser Antrag wurde abgelehnt und dann auch mit 135 gegen 127 Stimmen der Passus im § 137, der den Sechstundentag vorschreibt. Die Ablehnung erfolgte durch die Schuld des Zentrums, da es nur schwach vertreten war. Denn für die Aufrechterhaltung stimmten außer dem Zentrum die Polen und die Sozialdemokraten. Bei der Abstimmung über § 139a, wo derjelbe Passus vorhanden war, stimmte die Mehrheit für Aufrechterhaltung.

Zur dritten Lesung beantragte das Zentrum nicht nur die Wiederherstellung der Kommissionsbeschlüsse, also den Sechstundentag an Sonnabenden, sondern die Mehrheit des Zentrums stimmte nun dafür, daß auch aus § 139a der besondere Schutz der verheirateten Frauen gestrichen wurde.

Es stimmte ferner dagegen, daß an Sonnabenden und den Vorabenden von Festtagen der Siebstundentag für Arbeiterinnen eingeführt wird.

Das Zentrum stimmte dafür, daß die Zahl der Ausnahmetage, an denen die weiblichen Arbeiter länger als zehn Stunden beschäftigt werden dürfen, von vierzig, wie die Kommission beschlossen hatte, auf fünfzig erhöht wurde.

Das Zentrum stimmte dagegen, daß in Gast- und Schankwirtschaften mit mehr als zehn Angestellten:

- die Kinderarbeit verboten werde;
- der Sechstundentag für Kinder im Alter unter 14 Jahren gelten solle;
- daß für jugendliche Personen im Alter von 14 bis 16 Jahren der Zehnstundentag gelten solle;
- daß jugendlichen und weiblichen Personen in den großen Gast- und Schankwirtschaften eine Ruhepause von elf Stunden bewilligt werde.

Das Zentrum rühmte sich besonders, daß es durchgesetzt habe, daß Frauen nicht in Kokereien, in Bergwerken über Tage und auf Bauten beschäftigt werden. Die Zentrumspreffe hat dem Zentrum wegen dieser schönen Erfolge große Lobeshymnen gesungen. Aber der größte Teil der hier bezeichneten Frauen wird auch in Zukunft in diesen Betrieben beschäftigt werden, weil schon in der Kommission das Zentrum den Antrag der Konservativen annahm, wonach Frauen im Bergbau bei der Aufbereitung, Separation und Wäsche beschäftigt werden dürfen. Dadurch bleiben mehr als neun Zehntel der im Bergbau beschäftigten Frauen bei ihrer Arbeit.

Im Plenum wurde zu diesem Passus nur ein Verschlechterungsantrag gestellt, nämlich der, daß das Verbot, neue Arbeiterinnen in Kokereien einzustellen, nicht, wie die Kommission es beschlossen hatte, am 1. Januar 1910, sondern erst am 1. April 1912 in Kraft treten sollte. Für diese Verschlechterung stimmte das Zentrum.

Für noch mehr Verschlechterungsanträge konnte das Zentrum nicht stimmen, weil nicht mehr, als vorstehend aufgezählt sind, vorlagen.

In der dritten Lesung hat das Zentrum gegen alle Verbesserungsanträge und für alle Verschlechterungsanträge gestimmt und in allen Fällen den Ausschlag gegeben.

Protestbewegung gegen die höhere Besteuerung des Tabaks.

Der Deutsche Tabakverein, die Organisation der Unternehmer der Zigarrenindustrie hielt eine außerordentliche Generalversammlung in Berlin ab, in der einstimmig folgende Resolution angenommen wurde:

Die heutige Generalversammlung des Deutschen Tabakvereins verwirft wiederholt einstimmig die dem Reichstag zur Beschlußfassung unterbreitete Vorlage eines Tabakverbrauchssteuergesetzes; sie spricht der Leitung des Tabakvereins volles Vertrauen aus und unterläßt nicht, nochmals mit größtem Nachdruck zu betonen, daß eine stärkere Besteuerung des Tabaks ohne schwere wirtschaftliche Schäden für das Tabakgewerbe und ohne beklagenswerte Folgen in sozialpolitischer Hinsicht nicht möglich ist.

Der Bund der Industriellen sagte in einer Versammlung zu Berlin in betreff der Vandersolesteuer folgende Resolution:

Bezüglich der Tabaksteuer wird die vorgeschlagene Form der Vandersole einen volkswirtschaftlich ungesunden Konzentrationsprozess in diesem Gewerbe befördern, dem im Interesse der Erhaltung des industriellen Mittelstandes entgegengetreten werden muß. Durch eine zu starke Heranziehung der Zigarette würde u. a. das Weiterbestehen der kleineren und mittleren Betriebe in Frage gestellt und die Qualitätsunterschiede ausgeschaltet werden.

In Magdeburg erklärte in einer Protestversammlung gegen die Tabaksteuervorlage der freisinnige Reichstagsabgeordnete Kobelt: Sofort als die Steuervorlagen des Herrn Sydow angekündigt wurden, habe er sich gegen die Besteuerung des Tabaks und des Lichtes ausgesprochen, weil sie eine Belastung der kleinen Händler und Gewerbetreibenden darstellen. Diese Meinung habe er nicht geändert und er werde gegen jede Art der Besteuerung des Tabaks stimmen. Allerdings habe die Tabaksteuer viele Freunde. Aber nur deshalb, weil diese Leute die Wirkung der Steuer nicht abschätzen können. Die Besteuerung sei unerträglich und unerhört angesichts der gesteigerten Lebensmittelpreise, der Mieten und anderer Lebensbedürfnisse. Das Reich brauche Steuern und sie müssen gefunden werden. Er werde für die Belastung der leistungsfähigen Schultern, für direkte Steuern eintreten.

Im deutschen Handelstag sprach der Referent über die Tabaksteuervorlage, der bekannte Zigarrenfabrikant Biermann-Bremen, unter anderem folgendes gegen die Tabakbesteuerung:

Im Prinzip viele Anhänger hat schließlich die Rohstoffwertsteuer. — Dieselbe ist indes technisch undurchführbar. Die Tabakfabriken der Fabrikanten könnten keine Basis bilden, da sonst der große Fabrikant, der vom Importeur direkt kauft, einen Vorsprung vor dem aus zweiter Hand kaufenden Mittelfabrikanten und dieser wiederum vor dem kleinen Fabrikanten haben würde, der seinen Tabak aus dritter Hand decken muß, — auch der erste Eingang des Tabaks ins Zollgebiet gibt keine gleichmäßige Basis; manchmal kann solcher beim Importeur, manchmal beim Zwischenhändler, und auch wieder beim Fabrikanten vor sich gehen. — Bei Konfigurationsänderungen, wie sie häufig den Importeuren zugehen, sowie bei im Ausland getätigten Durchschnittskäufen, von denen wieder Teilverkäufe im Zollausland nach Amerika oder an die Regiestaaten stattfinden, sind außerdem keine Fakturen vorhanden, welche eine Grundlage für die Wertbesteuerung abgeben könnten. Der Wert müßte also durch Taxat festgestellt werden, und dies ist, ganz abgesehen von der Schwierigkeit, geeignete Sachverständige in genügender Zahl zu beschaffen, unmöglich bei einem so differenzierten Artikel, wie Tabak, bei dem z. B. Sumatratobak einer Probenanz und Ernte einer Schwankung von 40 Pfg. bis 18 bis 20 M. pro Pfund unterliegt.

Es bleibt also nur das jetzige Gewichtsteuersystem als für die Besteuerung eine zuverlässige Handhabe bietend übrig, und dieses System hat auch den großen Vorzug, daß es keine neuen wirtschaftlichen Erhebungskosten für Staat und Industrie mit sich bringt. — Trotzdem entspricht es lediglich den schweren wirtschaftlichen und namentlich sozialen Bedenken, die ich Ihnen bezüglich jeder Mehrbelastung des Tabaks vorgetragen habe, wenn ich mich persönlich gegen jede Neubelastung erkläre und dementsprechend den zweiten Teil der Resolution des Ausschusses nicht zu befürworten vermag. — Um so wärmer aber trete ich für den ersten Teil, die Verwerfung der Vandersole ein, und bitte Sie, dieser Ablehnung zuzustimmen, um eine kapitalistische Gestaltung unserer Industrie und damit den späteren Uebergang zum Staatsmonopol zu vermeiden.

Rundschau.

Tabaksteuer und Handelskammer. Die Berliner Handelskammer folgt den Spuren ihrer verschiedenen Schwestern. Sie hat in einer umfassenden Eingabe

glühlicht verwendet. Nur am Glühkörper, dem „Strumpf“, werden fortdauernd Änderungen vorgenommen. Man imprägniert das Gewebe nicht mehr mit den Oxiden der Metalle, sondern mit den Metallen selbst. Durch das Abbrennen mit einer Spiritusflamme wird dann das Pflanzengewebe zu Asche und die Metalle zu ihren Dryden verbrannt. Heute ist die Beleuchtung mittels Gasglühlicht eine der beliebtesten und rentabelsten Beleuchtungsarten; denn neben der Annehmlichkeit einer großen Lichtstärke besitzt dies Licht einen verhältnismäßig großen Nutzeffekt.

Den gleichen Gedanken verwertete Drummond bei seinem Kalklicht. Er erhitzte in der nichtleuchtenden Flamme eines Knallgasgebläses ein zugespitztes Stück Kreide bis zur Weißglut und erzeugte so ein blendend weißes Licht, dem er nicht ohne Recht den Namen „Drummondisches Sonnenlicht“ gab. Dies Licht fand eine Zeitlang auf Leuchttürmen Verwendung, ist aber nicht recht praktisch geworden, schon wegen des teuren Sauer- und Wasserstoffs, die zur Unterhaltung des Gebläses dienen, ganz abgesehen von der Schwierigkeit des Transports und der Anordnung.

Das modernste und praktischste der Beleuchtungsmittel aber ist das elektrische Licht. Man unterscheidet zwei Arten des elektrischen Lichts, neuerdings sogar drei: Das Vogenlicht, das Glühlicht, und das Licht, das einige Gase ausströmen, wenn der elektrische Strom durch sie hindurchgeht. Die älteste Art des elektrischen Lichts ist das Vogenlicht, das 1813 von Davy entdeckt wurde. Zwei Kohlenstückchen, die mit den Enden einer Leitung verbunden sind, werden so weit genähert, daß der elektrische Funke zwischen ihnen überspringt. Durch das Überspringen werden Kohlenteilchen von der positiven Pöhle losgerissen und im Vogen nach der negativen hinübergeführt, wobei sie lebhaft glühen, daher der Name Vogenlicht. Dabei zeigte sich aber der Uebelstand, daß nach kurzer Zeit der Abstand zwischen den Kohlepitzen so groß wurde, daß kein Funke mehr übersprang, und so das Licht erlosch. Es handelte sich also darum, eine Reguliervorrichtung anzubringen, die die Kohlen immer in angemessener Entfernung voneinander hielt. Eine große Anzahl von Technikern und Gelehrten hat sich lange mit dieser Aufgabe beschäftigt. Die vollkommene Lösung dieses Problems gelang erst 1879 Hefner und Alteneß in ihrer Differentillampe. Die Mechanik dieser Lampe hier zu beschreiben, würde zu weit führen. Neuerdings vermischt man die aus Retortenkohle hergestellten Stifte der Vogenlampen mit fremden Stoffen, vorzugsweise Calciumsalzen, und erhält so im Flammenbogen glühende Gase, die ein helleres Licht ausströmen, als das gewöhnliche Vogenlicht. Verschiedene Gase werden durch das Durchschlagen des elektrischen Funkens selbst leuchtend. Etwas ähnliches kommt bei der Quecksilberdampf Lampe von Dr. Arons zur Anwendung.

Die Vogenlampen eignen sich vorzüglich zur Beleuchtung größerer Räume, zur Beleuchtung von Wohnzimmern jedoch eignet sich mehr das Glühlicht, das weniger lichtstark ist und ein weiches, rötliches Licht besitzt, als die grelleuchtende Vogenlampe. Die Erfindung des Glühlichts ist man immer geneigt Edison zuzuschreiben. Dieser hat aber auch, wie die meisten Erfinder, seinen Vorläufer gehabt. Schon 1840 konstruierte ein gewisser Grobe eine Glühlampe, während Edison seine Glühlampen erst 1876 erfand. Das Prinzip war bei beiden Erfindern dasselbe: ein schlechter Leiter wird im luftleeren Raum zum Glühen gebracht. Edison verwendete als Glühdraht Papierkohle, jetzt wird gewöhnlich Platindraht benutzt. Auch die Glühlampen haben in der neuesten Zeit beträchtliche Verbesserungen erfahren; Platindraht wird durch Osram- oder Wolframdraht, oder durch einen Magnesiastab ersetzt. Derartige Glühlampen haben ein stärkeres, weißeres Licht, als die gewöhnlichen Glühbirnen.

Noch das elektrische Licht hat das Gasglühlicht nicht verdrängen können; beide Beleuchtungsarten bestehen nebeneinander. Elektrische Lampen und Gasglühlicht

strömen das Lichtmeer aus, das in der Großstadt die Nacht zum Tage verwandelt und schon von weitem die Großstadt ankündet.

Notizen.

Sozialistische Straßennamen. Die Zahl der Pariser Straßen, die den Namen bekannter Vorkämpfer der sozialen Revolution tragen, ist neuerdings vermehrt worden. Der Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung u. a. folgende neue Straßengezeichnungen geschaffen: Rue Benoit Malon, Rue Elisee Reclus und Rue Eugene Barlin. Die Träger dieser Namen haben zu ihren Lebzeiten an der Kommune teilgenommen. Der Buchbinder Barlin, der im revolutionären Gemeinderat einer der fähigsten Vertreter der Partei der Internationale war, ist im Kampfe gegen die Versailler gefallen. Man sieht, wie sich die Zeiten ändern. Das Bemühen der bürgerlichen Historiker und Schmähchriftsteller, die Kommunisten als Mordbrenner hinzustellen, hat auf die Dauer doch nichts genützt, und das neue Paris ruft dem jüngeren Geschlecht die Namen derer ins Gedächtnis, die man als die bandedalischen Zerstörer des alten verleumdet hat.

Arabische Galanterie. Ein Afrikareisender erzählt, er habe in einer Stadt des Orients eines Morgens die Blumen vor seinem Fenster begossen und dabei wohl des Guten zuviel getan, denn ein Wasserstrahl ergoß sich hinunter auf die Straße und gerade einem Araber ins Gesicht, der faul hingestreckt der Ruhe pflegte. Der braune Mann sprang wütend auf, schaute nach dem Fenster empor, von welchem der Weiße sich etwas zurückgezogen hatte und rief, da er niemand erblickte, mit Empfindung hinauf: „Bist du ein alter Mann, so verachte ich dich! Bist du ein altes Weib, so verzeihe ich dir! Bist du ein junger Mann, so verfluche ich dich! Bist du eine Jungfrau, so danke ich dir!“

Du schönes Leben.

Von Emma Doelß, Heimarbeitlerin.

Saß ich neulich unter grünen Bäumen,
Reges Frühlingsleben um mich her.
O wie schön ist unsre Mutter Erde!
Alle Zweige hingen blütenstreu.
Wie unendlich viel gibt uns das Leben!
So viel Schönheit, so viel stilles Glück;
Doch von jeder Blüte, die es bietet,
Fordert es die Frucht zurück.

Bohl uns Menschen, können einst wir sagen,
Wenn wir heimwärts gehn mit müdem Schritt:
Nahmen wir, wir haben auch gegeben,
Schönes, holdes Leben, wir sind quitt.
Wie wir unsre Lebensschuld bezahlen,
Bleibt sich gleich. Doch wen'ge sind so reich,
Daß aus eigener Kraft sie geben können,
Was am Werte dem empfangnen gleich.

Al die andern müssen sich begnügen,
Kleinen Dienst am großen Werk zu tun;
Unbekannt am Bau der Zukunft hämmern,
Einst im ewigen Vergessen ruhn.
Dennoch sollen mit erhobnen Stirnen
Alle sich des schönen Lebens freun,
Sind sie wahrhaft nur bestrebt gewesen,
Hilfreich, treu und menschlich gut zu sein.

Dem auf ihre Arbeit, ihre Treue
Können erst die Großen weiterbauen,
Und ihr großer Lohn ist: Voller Sehnsucht
In ein schönes Zukunftsland zu schau'n,
Nach dem Land, an dessen Grundbau treulich
Alle ihre Kräfte halfen mit.
Und so können froh und stolz sie sprechen:
Schönes, holdes Leben, wir sind quitt.

Apborismen.

Um die Keilichkeit eines Menschen zu beurteilen, müßtest du nicht auf seine Hände, sondern auf seine Füße sehen.

Der eine hält sich nur an das Beste, der andre an jedes Schlechte des andern — wer verrechnet sich mehr?

Verantwortlicher Redakteur: F. r. G e h e r, Leipzig.
Notationsdruck und Verlag Leipziger Buchdruckerei A. G.

Für **Apolda**: Heinr. Kollberg als 1. Bev., Martin Köpping als 2. Bev., Paul Midaim als 3. Bev.; Georg Heinz, Joseph Wunder, Samuel de Lange als Kontrolleure.

Für **Birnbaum**: Rich. Böger als 1. Bev.; Hugo Wollermann als 2. Bev., Ernst Menze als 3. Bev.; A. Kopy, Adolf Schinke, Wilh. Bressel als Kontrolleure.

Für **Bernau**: Karl Grömann als 1. Bev., Paul Falbe als 2. Bev., Rich. Siege als 3. Bev.

Für **Bernburg**: Karl Jarosch als 1. Bev., Gotth. Hache als 2. Bev., Rob. Ströbel als 3. Bev.; Gust. Fischer, Herm. Meyer, Karl Becker als Kontrolleure.

Für **Bremen I**: Joseph Domeyer als 1. Bev., Joh. Peters als 2. Bev., Aug. Wenz als 3. Bev.; Adolf Antoni, Herm. Gubernats, Louis Mehner sen. als Kontrolleure.

Für **Bretznig**: Max Wolf als 1. Bev., Georg Nitsche als 2. Bev., Paul Schmidt als 3. Bev.; Emil Heinrich, Bruno Hause, Hugo Gebauer als Kontrolleure.

Für **Crossburg**: Frau Marie Kummer als 1. Bev., Frä. Karoline Beck als 2. Bev., Frä. Margarete Hek als 3. Bev.; Friz Eisensträger, Marie Leinhorst, Katharine Bachmann als Kontrolleure.

Für **Dessau**: Karl Lingner als 1. Bev., Friedr. Richter als 2. Bev., H. Hennig als 3. Bev.; K. Blüthm, Fräulein Andreasch als Kontrolleure.

Für **Edingen**: Franz Bauer als 1. Bev., Wenz. Jung als 2. Bev., Michael Eißhaus als 3. Bev.; Georg Wächner, Adam Duid, Simon Berlinghof als Kontrolleure.

Für **Gilzburg**: Adolf Kretschmar als 1. Bev., Frz. Pinfau als 2. Bev., Paul Benedikt als 3. Bev.; Ernst Hensel, Frz. Houbeliet, Wilh. Heinge als Kontrolleure.

Für **Grömannsdorf i. S.**: Bruno Wirth als Kontrolleur. Für **Grömann**: Dom. Wess als 1. Bev., R. Blankenburg als 2. Bev., Johannes M. Bergall als 3. Bev.; Anton Fischer, Ludw. Fleischhauer, Joh. Fiedner als Kontrolleure.

Für **Fürstentum**: Aug. Grünberg als 1. Bev., Wilh. Nowack als 2. Bev., Gust. Burkert als 3. Bev.; Karl Bierwirth, Bernh. Weinung, Adolf Stoffell als Kontrolleure.

Für **Gardelegen**: Arthur Liebe als 1. Bev., Franz Gänzel als 2. Bev.; Berthold Engelhardt, Saewede als Kontrolleure.

Für **Gengenbach**: J. Zimmermann als 1. Bev., G. Steferle als 2. Bev., K. Hahn als 3. Bev.; G. Müller, Th. Göppert, R. Suhn als Kontrolleure.

Für **Halle a. S.**: Willi Reinstein als 1. Bev., Paul Lorenz als 2. Bev., Rich. Krause als 3. Bev.; Leo Kaszuba, August Heine, Paul Krause als Kontrolleure.

Für **Hannau**: Konrad Gräbner als 1. Bev., Jean Egoß als 2. Bev., Frau Knaaf als 3. Bev.; Ludwig Voländer, Heinr. Noll, Frau Kieselstein als Kontrolleure.

Für **Hartha**: Aug. Reimer als 1. Bev., Anna Böttcher als 2. Bev., Julius Geißler als 3. Bev.; Friz Reimer, Gustav Voigtländer, Marie Hammer als Kontrolleure.

Für **Heide**: Gust. Kömfe als 1. Bev., Karl Kofartik als 2. Bev., Ernst Blügel als 3. Bev.; Joh. Blöder, Ernst Mohr, Theodor Schuhmacher als Kontrolleure.

Für **Heppenheim**: Georg Vonderheid als 1. Bev., Adam Lorenz als 2. Bev., Georg Reif als 3. Bev.; Adam Bauer, Georg Eichelsbach als Kontrolleure.

Für **Heuchelheim**: Wilh. Hoffmann als 1. Bev., Karl Reichel als 2. Bev., Adolf Schlenker als 3. Bev.; Heinr. Hörr, Marg. Amend, Katharina Sack als Kontrolleure.

Für **Hochdorf (Wial)**: Friz Schloffer als 1. Bev., Michel Joerns als 2. Bev., Ludw. Heiser als 3. Bev.; Franz Pappon, Peter Heiser, Andreas Frankmann als Kontrolleure.

Für **Ideshausen**: Karl Schulte als 2. Bev.

Für **Ishor**: A. Diebenkorn als 1. Bev., Aug. Ried als 2. Bev., Karl Witkowski als 3. Bev.; Karl Voigt, Otto Evers, Heinrich Rohlf als Kontrolleure.

Für **Jauer**: Berthold Katterwe als 1. Bev., Ernst Herzog als 2. Bev., Gust. Schneider als 3. Bev.; Otto Schneider, Heinr. Tilsch, Emilie Klose als Kontrolleure.

Für **Kajla**: Rudolf Damm als 1. Bev., Heinz Trümper als 2. Bev., Albin Hilbert als 3. Bev.; Herm. Gößg, Franz Jirfel, Paul Fiedler als Kontrolleure.

Für **Kanth**: Ernst Lukas als 1. Bev., Karl Stegmund als 2. Bev.; Heinr. Strauß, Frau Verta Stegmund als Kontrolleure.

Für **Kellinghusen**: D. Arens als 2. Bev., C. Sell als 3. Bev.

Für **Kleinmerode**: Martin Niemeier I als 1. Bev., Johs. Jahnback als 2. Bev., Martin Niemeier II als 3. Bev.; Heinrich Rippel, Ed. Zeuner, H. Lange als Kontrolleure.

Für **Königsberg i. Pr.**: Frä. Anna Klein als 1. Bev., Frau Marie Plogk als 2. Bev., Frä. Herwig Heind als 3. Bev.

Für **Kottbus**: Wilhelm Vogel als 1. Bev., Heinr. Hübner als 2. Bev., Adolf Lehmann als 3. Bev.; Alf. Kuhlisch, Friedrich Guntowatz, Friz Stilller als Kontrolleure.

Für **Lage**: Gerh. Heering als 2. Bev.

Für **Lauenburg**: Friz Wöhler als 1. Bev., Joh. Freur als 2. Bev., Wilh. Ubeling als 3. Bev.; Aug. Kummerfeld, Anton Harikof, Wilh. Schröder als Kontrolleure.

Für **Laußebach**: Wilh. Hoberbach als 1. Bev., Friedr. Klüdel als 2. Bev., Wilh. Hoeni als 3. Bev.; Anna Bechtold, Emma Pfaff, Wilhelmine Schmidt als Kontrolleure.

Für **Lemgo**: August Schmad als 1. Bev., Ernst Weinert als 2. Bev., Friz Krüger als 3. Bev.; Joseph Breutmann, Friz Kölling, Ernst Stewing als Kontrolleure.

Für **Lorsch**: Valentin Maibetger II als 1. Bev., Konrad Gärtner als 2. Bev., Jakob Bohrer I als 3. Bev.; Valentin Behres, Wilh. Pros, Daniel Meyer als Kontrolleure.

Für **Löwenstein**: Joh. Crist als 1. Bev., Friz Schlieker als 2. Bev., Karl Rüh als 3. Bev.; Friz Thiele, Aug. Mülling, Heinr. Bod als Kontrolleure.

Für **Lübben (N.-S.)**: Alfred Neigel als 1. Bev., Bruno Schellack als 2. Bev., Herm. Kellner als 3. Bev.; Herm. Preuß, Karl Vossellus, Otto Gormersdorf als Kontrolleure.

Für **Ludenwade**: Herm. Fejerig als 1. Bev., Paul Neuhäus als 2. Bev., Aug. Gley als 3. Bev.; Aug. Dahnke, Herm. Murray, Paul Lehmann als Kontrolleure.

Für **Miloslav**: Stanislaus Prusinowski als 1. Bev., Janoz Kof als 2. Bev., Feliz Cierpa als 3. Bev.; Julius Laban, Max Blumann, Karl Wagnytsch als Kontrolleure.

Für **Muskau**: Max Löbe als 1. Bev., Heinr. Linke als 3. Bev.; Paul Schurig, Emil Schwabe, Gust. Berndt als Kontrolleure.

Für **Muschchen**: Julius Hoffmann als 1. Bev., Karl Thiele als 2. Bev., Herm. Jacob als 3. Bev.; Martin Heinrich, Max Seinn, Moritz Kranten als Kontrolleure.

Für **Nedarely**: Wilh. Megger als Kontrolleur.

Für **Neuhäusheim**: Nikolaus Ruppinger als 1. Bev., Isaal Willhauer als 2. Bev., Bernh. Müller als 3. Bev.; Elias Burkard, Michael Center, Gust. Neubardt als Kontrolleure.

Für **Neumünster**: Gust. Höhnstehn als 1. Bev., Karl Jurs als 2. Bev., Deife Drofe als 3. Bev.; Theodor Borchardt, Johs. Niepen, Johs. Hüttmann als Kontrolleure.

Für **Neusalz a. O.**: Alex Wochnit als 1. Bev., Ernst Menzel als 2. Bev.

Für **Ostingen**: Karl Straubert als 1. Bev., Karl Hamblich als 2. Bev., Ambrosius Hammer als 3. Bev.; Joseph Straubert, Karl Rörderer, Alex. Hammer als Kontrolleure.

Für **Oggersheim**: Anton Rückert als 1. Bev., Jos. Schmitt als 2. Bev., Karl Heller als 3. Bev.; Peter Gerner, Konrad Moeser, Ludw. Rückert als Kontrolleure.

Für **Ottensen**: F. Henke als 1. Bev., F. Strunfen als 2. Bev., H. Schneider als 3. Bev.; W. Schröder, Peemüller, Binner als Kontrolleure.

Für **Peterswaldau**: Alb. Runze als 1. Bev., Alfons Hoffmann als 2. Bev., Joh. Diege als 3. Bev.; Gust. Frulrich, Herm. Schmidt, Wilh. Herden als Kontrolleure.

Für **Prenzlau**: Theodor Gerike als 1. Bev., Ludwig Loose als 2. Bev., Karl Jahnkow als 3. Bev.; Rich. Schulz, Franz Braun, Herm. Philipp als Kontrolleure.

Für **Potsdam**: Emil Bathe als 1. Bev., Willi Kiesel als 2. Bev.

Für **Rheda**: Heinr. Oberschelp als 1. Bev., Joseph Kremer als 2. Bev., Herm. Westermann als 3. Bev.; Heinr. Großongardt, Herm. Würz, Karl Sommer als Kontrolleure.

Für **Rostock**: B. Schulz als 1. Bev., J. Schwart als 2. Bev., J. Krey als 3. Bev.; Franz Kredow, C. Krumm, W. Bobzin als Kontrolleure.

Für **Sandhausen**: Anton Wolf als 1. Bev., Christian Hoch als 2. Bev., Jakob Stemler als 3. Bev.; Adam Zimmermann, Friedrich Kreis als Kontrolleure.

Für **Schwedt a. O.**: Gust. Kästorf als 1. Bev., Gust. Rupp als 2. Bev., Rob. Berrn als 3. Bev.; Erich Hermann, Franz Zukusch, Gust. Müller als Kontrolleure.

Für **Schwerin a. M.**: Rob Neumann als 1. Bev., Emil Wünsch als 2. Bev.; Karl Schleiener, Karl Schade als Kontrolleure.

Für **Seeburg**: Chr. Bod als 1. Bev., W. Dertel als 2. Bev., A. Tietgen als 3. Bev.; F. Brumshagen, H. Studt, H. Schwart als Kontrolleure.

Für **Sonneborn**: F. Lippe: K. Schäfer als 1. Bev., C. Kranefuß als 2. Bev., A. Wegemann als 3. Bev.; H. Drawe, K. Sander, J. Heufe als Kontrolleure.

Für **Spandau**: Alb. Schmidt als 1. Bev., Otto Krüger als 2. Bev., Paul Dörner als 3. Bev.; Erich Versike, Wilh. Kannegießer, Joseph Bödenbrüder als Kontrolleure.

Für **Speyer**: Christoph Wenzel als 1. Bev., Peter Lugenburger als 2. Bev., Joseph Megger als 3. Bev.; Philippine Kleinlein, Anna Dillenbura, Marie Wolf als Kontrolleure.

Für **Wernigerode**: F. Salweib als 1. Bev., H. Persiefe als 2. Bev., H. Büning als 3. Bev.; Karl Schettler, Karl Neubauer, Herm. Hönke als Kontrolleure.

Für **Zeitz**: Louis Reupke als 1. Bev., Karl Modrow als 2. Bev., Paul Rose als 3. Bev.; Max Holtz, Eduard Martin, Emil Sent als Kontrolleure.

Für **Zellhausen**: Adolf Reuter als 1. Bev., Alois A. Kaiser als 2. Bev., Andreas Schiekemann als 3. Bev.; Konrad Differ, Philipp u. Wend. Differ, Bernhard Kaiser als Kontrolleure.

Für **Zossen**: W. Busak als 1. Bev., G. Reetz als 2. Bev., G. Krause, W. Seifert als Kontrolleure.

Für **Züllichau**: Aug. Schwemmer als 1. Bev., Aug. Schütz als 2. Bev., Alb. Jopel als 3. Bev.; Karl Wolf, Otto Kanier, Gust. Kirsch als Kontrolleure.

Vom 12. bis 18. Januar 1909 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

Table with columns for date, name, and amount. Includes sub-sections for 'A. Verbandsbeiträge' and 'B. Freiwillige Beiträge'.

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht. Einmalige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen. Eruche die Herren Abiender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind. Bremen, den 18. Januar 1909.

B. Nieder-Welland, Kassierer, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Adressen-Änderungen:

Nachstehende Änderungen wollen die Mitglieder immer fortlaufend in ihrem Adressenverzeichnis vornehmen, damit sie stets ein richtiges Adressenverzeichnis haben. Für Belyig: Der 1. Bev. Alb. Hoffmann wohnt Wallstraße 84. Für Bernburg: Der 1. Bev. Karl Jarosch wohnt Luisenstraße 3. Für Birnbaum: Der 1. Bev. Rich. Böger wohnt Kurze Straße 1. Für Crossburg: Alle Zuschriften sind an Frau Marie Kummer zu richten. Für Dessau: Der 1. Bev. Karl Lingner wohnt Bauhofstraße 26. Für Gilzburg: Der 1. Bev. Adolf Kretschmar wohnt Rödgenerstraße 6, I. r. Für Gengenbach: Der 2. Bev. Herm. Kuchnbäcker wohnt Bauhofstraße 50. Für Halle a. S.: Der 1. Bev. Willi Reinstein wohnt Kaiserstraße 25, part. Für Königsberg i. Pr.: Alle Zuschriften sind bis auf weiteres an Friedr. Krüger, Friedrichstraße 6, part., zu richten. Für Lage i. Lippe: Alle Zuschriften sind an Gerh. Heering, Zigarrenarbeiter, zu richten. Für Lauenburg i. Holst.: Der 1. Bev. Friz Wöhler wohnt Uhrbrookstraße 7. Für Lippstadt: Der 1. Bev. Franz Kiese jun. wohnt jetzt Kahlenstraße 22. Für Muskau: Der 1. Bev. Max Löbe wohnt bei Fr. Stiegler. Für Muschchen: Der 1. Bev. Julius Hoffmann wohnt Böhliger Weg 81. Für Nedarely: Der 1. Bev. Joh. Alb. Emmert wohnt Hauptstraße 61. Für Neusalz a. O.: Der 1. Bev. Alex Wochnit wohnt Luisenstraße 25. Für Peterswaldau: Alle Zuschriften sind an Alfons Hoffmann, Nr. 811, zu richten. Für Rostock: Der 1. Bev. B. Schulz wohnt Waldemarstraße 17a.

Für **Schweidnitz**: Der 1. Bev. Adolf Priever wohnt Büttnerstraße 7, II, bei Noat.

Für **Schwerin a. M.**: Alle Zuschriften sind an Robert Neumann, Parkstraße 2, zu richten.

Für **Speyer**: Der 1. Bev. Christoph Wenzel wohnt Wiedergasse 2. Der 2. Bev. Peter Lugenburger wohnt Steinmeyerstraße 18.

Für **Wanssen**: Der 1. Bev. Karl Graf wohnt Brieger Str. 26. Der 2. Bev. Richard Glowalla wohnt Breslauer Str. 72.

Für **Zossen**: Der 1. Bev. W. Busak wohnt Karuther Straße 7. Der 2. Bev. G. Reetz wohnt Wittwalder Chaussee 1.

Für **Züllichau**: Alle Zuschriften sind an Aug. Schütz, Bleiche 4, zu richten.

Berichtigung: In Nr. 2 des Tabakarbeiter muß es heißen: Für **Delitzsch**: Der 1. Bev. Ludw. Paasch wohnt Wismarstraße 51, nicht 54.

Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:

In **Altenburg**: Durch den 1. Bev. Rich. Bernhardt, Fleischerstraße 16. An Wochentagen von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends. In **Bernburg**: Im Verkehrslokal, Steinstraße 2/4. In **Burg b. Magdeburg**: Durch Rob. Staaf, Reichstraße 28. In **Edingen**: Nur an Mitglieber, die hier in Arbeit treten. In **Emmerich**: Durch den 2. Bev. Herm. Kuchnbäcker, Baustraße 50. An Wochentagen von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12 bis 2 Uhr nachmittags. In **Heide i. Holst.**: Durch Gust. Kömfe, Harmoniestraße 30. An Wochentagen von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12 bis 2 Uhr nachmittags. In **Kellinghusen**: Durch D. Arens in der Fabrik von H. Köhnt. In **Kottbus**: Durch den 3. Bev. Adolf Lehmann, Streelenstraße 9. An Wochentagen von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12 bis 1 Uhr nachmittags. In **Lippstadt**: Durch Joseph Mertens, Hospitallstraße 35. An Wochentagen von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends. Das Aufenlassen von der Fabrik ist verboten. In **Lübben (N.-S.)**: Durch Bruno Schellack, Hauptstraße 69. In **Potsdam**: Für durchreisende Mitglieder nur im Verkehrslokal, Kaiser-Wilhelm-Straße 38. In **Rostock**: Durch J. Schwart, Waldemarstraße 17a. An Wochentagen von 9 bis 11 Uhr vormittags. In **Schweidnitz**: In der Reichstraße 5, part. r. An Wochentagen von 9 bis 12 Uhr vormittags und 2 bis 6 Uhr nachmittags. In **Schwerin a. M.**: Durch den 2. Bev. Emil Wünsch, Pfaarstraße 31. An Wochentagen von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 12 bis 1 Uhr nachmittags. In **Speyer**: Durch den 1. Bev. Christoph Wenzel, Wiedergasse 2.

Krankenunterstützung wird ausgezahlt:

In **Wanssen**: Durch Richard Glowalla, Breslauer Str. 72.

Mitglieder-Versammlungen.

(Mitglieder, besucht eure Versammlungen zahlreich!) In **Altho**: Sonntag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, bei Karl Castellmann. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. J. A.: Der Bevollmächtigte. In **Barmbeck**: Montag, den 25. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Edelmann, Bartholomäusstraße 1. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Kartellbericht. 3. Wahl der in Voranschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure. 4. Verschiedenes. J. A.: Der Bevollmächtigte. In **Bonneburg (S.-A.)**: Montag, den 25. Januar, abends 9 1/2 Uhr, im Gauhauß Kürstenteller. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Kartellbericht. 4. Bericht vom Kongreß in Berlin. 5. Verschiedenes. — Zahlreiches Erscheinen ist unbedingt notwendig. J. A.: Der Bevollmächtigte. In **Wernigerode**: Montag, den 25. Januar, abends 8 Uhr, im Volksgarten. Tagesordnung: 1. Bericht vom Tabakarbeiterkongreß in Berlin. 2. Bericht über die Hausagitation. 3. Wintervergütung. 4. Verschiedenes. — Zahlreiches Erscheinen erwartet. J. A.: Der Bevollmächtigte. In **Karlsruhe**: Sonnabend, den 30. Januar, in Möhrleins Restaurant, Kaiserstraße. Tagesordnung: Bericht vom Berliner Tabakarbeiterkongreß. Referent: Kollege Bauer. — Die auswärtigen Kollegen werden hierzu eingeladen. — Auch müssen bis dahin sämtliche Reste heilich sein, andernfalls das Statut in Anwendung gebracht werden muß. Wer mehr als vier Beiträge schuldig ist, geht seiner Unterstützung verlustig. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Schwiebus**: Sonnabend, den 30. Januar, abends 8 Uhr, bei Gondolatsch. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1908 und dem Lokalkassen-Jahresbericht. 2. Kartellbericht und Wahl eines Delegierten zur Lokalkommission. 3. Tabakarbeiterkongreß. 4. Verschiedenes. — Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Zielstfeld**: Sonntag, den 31. Januar, nachmittags 8 Uhr, im Lokale des Herrn Blome, Wöberestraße 5. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahl der Ortsverwaltung und der Kartelldelegierten. 3. Bericht vom Kongreß in Berlin. 4. Nachbewilligung eines Diätenzuschusses aus der Lokalkasse. 5. Verschiedenes. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Scharnebeck**: Sonntag, den 31. Januar, nachmittags 8 Uhr, bei Witwe Wohltmann, Zentralhalle. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird gebeten. J. A.: Die Bevollmächtigten.

In **Potsdam**: Sonntag, den 7. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, im Verkehrslokal, Kaiser-Wilhelm-Str. 38. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1908. 2. Wahl der Bevollmächtigten und Kontrolleure. 3. Kartellbericht. 4. Berichterstattung vom Tabakarbeiterkongreß. 5. Verschiedenes. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gebittet. Die Ortsverwaltung.

Järschau (Kreis Striegau). Berichtigung. Die Veröffentlichung unserer Zählstelle im Tabakarbeiter Nr. 1 darf nicht heißen Järschau bei Döppeln, sondern Järschau (Kreis Striegau) usw.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Cabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: **Hamburg-Blumenhof**, Mozartstraße 5, I. Ausschuß: D. Sidow, Brandenburg a. S., Steinstraße 22. Schiedsgericht: L. Dechand, Berlin N., Ruheplatzstraße 24.

Eingegangen: **Brandenburg** 50.—, **Freden** 50.—, **Eimsbüttel** 100.—, **Rheingönheim** 100.—, **Rölln** 50.—, **Barmbeck** 800.—, **Halle i. W.** 50.—, **Wolgast** 40.71, **Chemnitz** 60.—, **Heidenheim** 65.35 Mk. Sterbekasse: **Nordhausen** 18.—, **Barmbeck** 79.78, **Brandenburg** 34.10, **Eimsbüttel** 62.10, **Witzsburg** 21.39, **Schmölln** 12.30, **Bremen** 21.95, **Heidenheim** 34.65, **Wolgast** 22.08 Mk. Zuschüsse: **Döppeln** 50.—, **Kellinghusen** 30.—, **Bremershaven** 25.—, **Breitig** 40.—, **Mit.** Krankengeld: 35.50 Mk.

Hamburg, den 18. Januar 1909. P. Otto.

an den Reichstag die schweren Bedenken gegen die Banderolesteuer klar und gründlich dargelegt und nachgewiesen, wie diese Steuer die Industrie, den Handel, den Mittelstand, die Arbeiter schädigen würde. Es wird auch als unzulässig bezeichnet, die Zigarettenindustrie, nachdem ihr erst vor zwei Jahren eine neue Steuer auferlegt wurde, schon wieder veränderten Besteuerungsbedingungen zu unterwerfen. Mein so schön das ist, hat die Sache doch ihren Haken, denn der Schluß der Eingabe lautet:

„Wir wollen zum Schluß betonen, daß sich unsere Ausführungen nur gegen die Steuervorlage in der Form des unterbreiteten Entwurfs richten; prinzipielle Bedenken gegen jede erhöhte steuerliche Belastung des Tabaks haben wir nicht geltend zu machen. Nach alledem bitten wir den Hohen Reichstag, dem ihm vorgelegten Entwurf eines Tabakverbrauchssteuergesetzes seine Genehmigung zu verweigern.“

Der Tabak soll also schärfer herangezogen werden, nur nicht in Form der Banderolesteuer.

Wer bezahlt den Zoll? Die Agrarier behaupten bekanntlich mit mehr Kühnheit als Sachlichkeit, daß die Zölle wenigstens zum großen Teil vom Ausland getragen würden, womit sie den Vorwurf entkräften wollen, daß die inländischen Konsumenten durch die Zölle, besonders die Getreidezölle, schwer belastet werden. Jetzt hat, wie die Frankfurter Zeitung mitteilt, der russische Finanzminister dazu einen beachtenswerten Beitrag geliefert. In seiner Erläuterungen zum russischen Budget für 1909 sind auf Seite 123 genaue Angaben enthalten, denen zufolge der Unterschied zwischen den Getreidepreisen in Rußland und in jenen auswärtigen Staaten, die das russische Getreide mit Zoll belegen, sich sowohl 1908 wie auch 1907 als genügend erwies, um den Zoll, die Transportkosten und Spesen zu decken. Das ist ein Zeugnis von einer Seite, an deren Objektivität in dieser Frage nicht zu zweifeln ist. Das russische Finanzministerium belegt seine Anschauung aber auch mit greifbaren Zahlen. Nach seiner Berechnung betrugen im ersten Halbjahr die Mittelbreise (alles pro Rub):

	In Odessa	In Mannheim	Deutscher Zoll
Weizen	1 Rbl. 30 Kop.	1 Rbl. 81 Kop.	41,71 Kop.
Safer	— „ 82 „	— „ 40 „	37,92 „
Roggen	1 „ 01 „	1 „ 55 „	37,92 „

Es ist hiernach nicht zweifelhaft, wer den Zoll zu tragen hat, nämlich der deutsche Konsument. Das ergibt sich aber auch aus anderen Erwägungen. Denn seit der Aufhebung des sogenannten Identitätsnachweises zählt Deutschland bei der Ausfuhr von Getreide und Mühlenfabrikaten den darauf ruhenden Zoll in vollem Umfang zurück, ohne Rücksicht darauf, ob entsprechende Quantitäten der Ware vorher nach Deutschland eingeführt worden sind oder nicht. Diese Ausfuhr wird sogar noch durch weitere Maßnahmen erleichtert, wie z. B. durch die Uebertragbarkeit der Einfuhrscheine und durch ihre Annahme als „Zollgeld“. Wie wirkt diese Maßregel? Doch zweifellos so: Ist der einheimische Getreidepreis niedriger als der Weltmarktpreis plus Zoll, dann rentiert es sich, in Deutschland Getreide zu kaufen, um es im Ausland unter Zollrückvergütung mit Vorteil zu verkaufen. Diese Getreidearbitrage läßt sich so lange fortsetzen, bis die entsprechende Preissteigerung in Deutschland hergestellt ist. Abweichungen von diesem Zustand können also nur vorübergehend vorkommen, während dauernd in Deutschland bloß noch ein Getreidepreis möglich ist, der um den Betrag des Zolles über dem Weltmarkt steht. Auch hieraus folgt, daß der Getreidezoll der Regel nach den einheimischen Konsumenten belastet.

Zigarren- und Tabakzoll in Frankreich. Die französische Generaldirektion der Zölle gibt bekannt, daß vom 1. Mai d. J. ab erwachsene männliche Reisende beim Betreten des französischen Gebiets lediglich für 10 Zigarren, 20 Zigaretten oder 40 Gramm Tabak Zollfreiheit gewährt wird. Dieses auch nur unter der Bedingung, daß sie dieses für den Reisegebrauch bestimmte Quantum den Zollbeamten vorher deklarieren.

Berichte.

Halberstadt. Eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung tagte am 10. Januar im Odeum mit folgender Tagesordnung: 1. Die geplante Tabakbesteuerung; 2. Diskussion. Vor Eintritt in die Tagesordnung erteilte Kollege Ulrich dem Kollegen Dienemann das Wort. Derselbe ging im Auftrage der Kommission zur Bekämpfung der Tabaksteuer zu dem Reichstagsabgeordneten unfres Wahlkreises, Herrn Rimpau (nat.-lib.), um ihn zu bitten, die Kommission zu empfangen. Dabei entwickelte sich nun folgendes Gespräch: Rimpau: Sie wünschen? U.: Im Auftrage einer Kommission der Tabakarbeiter bitte ich Sie, dieser eine Unterredung zu gewähren. R.: Das lehne ich entschieden ab. Für mich hat das gar keinen Wert, die Kommission anzuhören. Ich habe schon genügend Petitionen erhalten. Was ist dabei nicht alles erlogen! Und vor allen Dingen lasse ich mich nicht beeinflussen. Ich stimme im Reichstag nach bestem Wissen und Gewissen. U.: Unse Absicht ist es nur, Ihnen ein richtiges Bild von den tatsächlichen Verhältnissen unserer Industrie zu geben, und in welcher Weise die neue Steuer wirken wird. R.: Was wollen Sie denn? Sie wollen doch weiter nichts, als daß ich gegen die Tabaksteuer stimmen soll, und das kann ich nicht. Wir können doch unser Vaterland nicht zugrunde gehen lassen. Es ist immer dasselbe Bild, sobald ein Steuergesetz erschein, kommen die Interessenten und sagen: Wir können das nicht tragen, sondern laßt die andern bezahlen. Das ist nichts weiter als krasser Egoismus, denn der Tabak ist schon lange gegont worden. Nun werden Sie aber einwenden, laßt doch die Reichen bezahlen, die haben es doch. Ja, diese würden aber dann unser Vaterland verlassen, denn jetzt schon ziehen die reichen Leute von Berlin weg, um die hohen Steuern nicht zu bezahlen. U.: Alles das kann Sie aber doch nicht abhalten, die Kommission zu empfangen und sie anzuhören. R.: Ich erkenne an, daß Ihre Lohn gering ist. Aber da können doch die Abgeordneten nichts dafür, das liegt an den Fabrikanten, die solche schlechten Löhne zahlen. Weiter erklärte Herr Rimpau, wenn ihm die Wahl gestellt würde, Bier oder Tabak zu besteuern, so würde er in erster Linie das Bier wählen. Er blieb bei seiner Erklärung und lehnte es auch ab, in unserer Versammlung zu erscheinen.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Deichmann. Er gab zunächst einen geschichtlichen Ueberblick über die Entwicklung der Tabakindustrie unter dem Druck einer teils schon durchgeführten, teils immer von neuem drohenden Besteuerung, die ihren Grund in der schlechten Finanzpolitik des Reiches habe. Doch sei es bisher immer gelungen, den gefährlichen Schlag abzuwehren, allein schon im Jahre 1906 gelang es

der Regierung, die Zigarettensteuer durchzudrücken, indem einige Großfabrikanten, der Konkurrenz wegen, selbst für sie eintraten, und gegenwärtig sei etwas Besseres im Gange. Es sei daher Spannung aller Kräfte nötig, um das drohende Unheil abzuwenden. Verlaß sei dabei einzig und allein auf die Sozialdemokratie, alle andern Parteien zeigten mehr oder weniger deutlich eine Neigung zwar nicht zur Banderole-, wohl aber zu einer Erhöhung der Gewichtssteuer.

Zum Schluß wurde einstimmig folgende, mit Begründung versehene Resolution angenommen:

„Die am 10. Januar 1909 im Odeum zu Halberstadt tagende Versammlung aus allen Berufsständen protestiert mit aller Entschiedenheit gegen jede höhere Besteuerung der Tabakindustrie, sowie gegen jede andre indirekte Steuer auf Bedarfsartikel des Volkes. Sie fordert, daß der Reichstag einer Besteuerung der Tabakfabrikate, sowie einer höheren Besteuerung des Tabaks die Zustimmung verweigern möge.“

Die Versammlung beschließt des ferneren, diese Resolution dem Reichstagsabgeordneten des Kreises, Herrn Rimpau, zu übermitteln mit dem dringenden Ersuchen, nicht allein gegen eine Banderolesteuer auf Tabakfabrikate und gegen eine höhere Besteuerung des Tabaks zu stimmen, sondern auch dagegen wirken zu wollen.“

Edingen. Die auf den 11. Januar einberufene Generalversammlung im Gasthaus zum Pfälzer Hof war sehr mäßig besucht. Sie hatte schon am Tage zuvor stattfinden sollen, ist aber, nachdem die dringenden Geschäfte erledigt waren, vertagt worden. Wir hoffen, daß dies in Zukunft besser wird. Den mit Befriedigung aufgenommenen Rassenbericht erstattete der Kollege Wenz-Jung. Bezüglich der Mitgliederzahl stellte Kollege Bauer fest, daß es kein erfreuliches Zeichen sei, wenn man erfahre, daß im ersten Quartal 85 und jetzt nur noch 76 Mitglieder vorhanden seien. Kollege Bedtold sprach sich in demselben Sinne aus. Bei der Wahl des Gesamtvorstandes wurden gewählt: Franz Bauer als erster, Wenz-Jung als zweiter, Michael Elshans als dritter Bevollmächtigter, G. Lächner, A. Quir und Berlinghof als Kontrollen. Unter Verschiedenem brachte Kollege Bauer einen Antrag des Vorsitzenden des hiesigen Kartells ein, wonach wir uns vom Kartell Mannheim losrennen sollen, um ein eigenes Kartell hier zu errichten. Nachdem Kollege Bauer die Licht- und Schattenseite der Losrennung geschildert hatte, wurde von der Versammlung der Beschluß gefaßt, sich selbständig zu machen. Dann wurde Kenntnis genommen von dem traurigen Los, das zum Teil unfre Kollegen bei der Firma Gebr. Wente betroffen hat, die am 9. Januar ihre Kündigung erhielten und infolge der schlechten Geschäftslage kaum untergebracht werden können.

Leipzig. Eine Tabakarbeiter- und Arbeiterinnenversammlung fand am 16. Januar im Volkshaus statt. Der Vertrauensmann gibt die Abrechnung vom 4. Quartal bekannt. Auf Antrag der Revisionen wird ihm Entlastung erteilt. Den Bericht vom Gewerkschaftskartell erstattete Kollege Winkler. Es wird derselbe als Delegierter wiedergewählt. In Stelle des bisherigen Vertrauensmannes empfiehlt Kollege Hoffmann, eine Zählstelle zu gründen. Die Versammlung ist damit einverstanden. Es werden in die Verwaltung gewählt die Kollegen: Wusch 1., Hoffmann 2. und Franz als 3. Bevollmächtigter. Als Revisoren werden die Kollegen Hängel, Opitz und Luz gewählt. Zu örtlichen Angelegenheiten berichtet Kollege Hoffmann, daß die Vereinigung der freien Gastwirte nunmehr ein Verzeichnis derjenigen Zigarrenfabrikanten verlangt hat, die unsere Forderungen gemäß zu empfehlen sind. Es wird der Verwaltung überwiegen, ein derartiges Verzeichnis aufzustellen. Es soll ein Lohnkartell ausgearbeitet werden, nach dessen Bewilligung nachher die Fabrikanten zu empfehlen sind. Da mehrere Beschwerden von Hausarbeitern vorliegen wegen Nichtanmeldung zur Ortskrankenkasse als Pflichtmitglieder, sollen Fragebogen ausgegeben werden, um festzustellen, inwieweit die Hausarbeiter und deren Frauen, welche Mittel machen, von den Fabrikanten nach dem neuen Ortsstatut der Ortskrankenkasse angemeldet worden sind. Kollege Hoffmann berichtet über die Arbeiten der Kommission zur Bekämpfung der Tabaksteuer. So war auch der Reichstagsabgeordnete Dr. Jund jenerzeit schriftlich eingeladen zur Protestversammlung. In dem Antwortschreiben hatte er sich Zeit erbeten, um sich mit der Steuervorlage bekannt zu machen und machte an die Kommission das ironisch zu nennende Anerbieten, dieselbe in Berlin zu empfangen. Die Kommission beschloß, daß, wenn der Kongreß stattfindet, die beiden Delegierten bei Herrn Dr. Jund vorstellig werden sollten, um die Stellungnahme des „Siegers“ von Leipzig zur Tabaksteuer zu erfahren. Nachdem sich nun Kollege Hoffmann schriftlich an Herrn Jund gewendet hatte wegen einer Unterredung, bekam er folgendes Antwortschreiben:

Auf das gefl. Schreiben vom 25. Dezember 1908 beehre ich mich zu erwidern, daß mir das Ergebnis der Protestversammlung vom 8. November 1908 bekannt ist und ich deshalb auf einen mündlichen Bericht über die beinahe zwei Monate zurückliegende Versammlung verzichte.

Nach diesem Briefe von Herrn Dr. Jund seine Stellungnahme zur Tabaksteuerfrage zu erforschen, hielt die Versammlung die Zeit der Kommissionsmitglieder für zu kostbar, sich noch mehr mit den Umwegen des Herrn Jund zu beschäftigen, und entband dieselben davon.

Ottensen. Versammlung am 7. Januar im Lokale des Herrn Laßen. Beim Vorstandsbericht führt Henke aus: Die Mitgliederzahl hat sich von 831 auf 834 vermehrt. Aufgenommen wurden 41, ausgetreten sind 10 Mitglieder. Hier von waren 8 Zurücktrittenen. Krankenunterstützung erhielten 37 Mitglieder für 808 Tage 847,25 Mk. Arbeitslosenunterstützung wurde an 77 Mitglieder 22,80 Mk. gezahlt. Umzugsunterstützung erhielt ein Mitglied in Höhe von 20 Mk. Sterbeunterstützung wurde in zwei Fällen zusammen 60 Mk. gezahlt. Eine Zusammenstellung für das Jahr 1908 ergibt, daß insgesamt an 230 Mitglieder für 5333 Tage 5907,25 Mk. Krankenunterstützung gezahlt wurde. Ferner wurde im gleichen Zeitraum an 217 Mitglieder für 2021 Tage 2270,35 Mk. Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Sterbeunterstützung in acht Fällen 27 Mk., Umzugsgeld 20 Mk. und in einem Falle 8,50 Mk. Fahrgeld. Die Zählstelle hatte eine Gesamteinnahme von 26 349,15 Mk. Davon wurden an die Hauptkasse 15 125,08 Mk. gesandt. Für die verschiedenen Unterstützungsabteilungen wurden zusammen 8476,10 Mk. ausgezahlt. Beim Arbeitsnachweis gingen im 4. Quartal 320 Arbeitergesuche ein. Vermittelt wurden 220 Hilfsarbeiter, unorganisierte 13, 2 Hausarbeiter, 2 Zigarillosarbeiterinnen und 50 Zurücktrittenen. Von den letzteren waren 21 unorganisiert. Ebenso gehörten die beiden Zigarillosarbeiterinnen nicht dem Verbande an. Die Gesamtfrequenz im verfloffenen Jahre betrug: 1120 Hilfsarbeiter, 6 Hausarbeiter, 9 Zigarillosarbeiterinnen und 220 Zurücktrittenen. Von den Hilfsarbeitern waren 39 Nichtmitglieder, 4 Zigarillosarbeiterinnen und 99 Zurücktrittenen waren ebenfalls unorganisiert.

Hierauf erstattete Struyken den Rassenbericht. Derselbe bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 6745,26 Mk. An den Vorstand wurden im Laufe des Quartals 4600 Mk. gesandt. Die Lokalkasse, welche den Fonds der 5-Pfg.-Kasse im Betrage von 2198,90 Mk. in sich schließt, hatte eine Einnahme von 3125,58 Mk. und eine Ausgabe von 1686,28 Mk., so daß ein Rassenbestand von 6439,30 Mk. verbleibt. Einwendungen wurden nicht gemacht und wurde die Abrechnung für gültig erklärt. Hierauf folgte die Wahl der Ortsverwaltung, und wurde Henke als erster, Struyken als zweiter und Repp als dritter Bevollmächtigter gewählt. Als Kontrollen wurden die Kollegen P. Zimmer, Peemöller und Schröder gewählt.

Da auf Grund des Systems der Hausarbeit einerseits, andererseits auf Grund einer eigenartigen Auslegung des Kranien-

lassengesetzes die Hilfsarbeiter in den meisten Fällen das Drittel zur Ortskasse selbst bezahlen, gelangte in der vorletzten Versammlung ein Antrag zur Annahme, wonach diese Angelegenheit als zweiter Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte. Struyken II, als derzeitiger Antragsteller, behandelte in längerer Ausführungen die Frage, ob der Fabrikant oder der Hausarbeiter hierzu verpflichtet sei. Für ihn siehe fest, daß der Fabrikant ohne weiteres das Drittel bezahlen müsse. Auf alle Fälle müsse der Verband Wege finden, daß die Sache endgültig entschieden werde. Man hätte damals, wie die Fabrikanten gegungen wurden, die Hälfte der Unvaldenbeiträge zu bezahlen, die Sache gleich zur Entscheidung bringen sollen. Diese Angelegenheit sei aber deshalb als untergeordnet betrachtet worden, weil die große Mehrheit damals noch Mitglied der freien Hilfskassen war. Ja, die Hausarbeiter hätten zu der Zeit Hilfsarbeiter, die Mitglieder der Ortskrankenkasse waren, gar nicht beschäftigt. Heute sei es Pflicht der Kollegen, sich der Ortskrankenkasse anzuschließen. Der Anschluß an die Ortskrankenkasse liege nicht nur im Interesse der Allgemeinheit, sondern auch im persönlichen Interesse eines jeden einzelnen. Keine freie Hilfskasse biete ihren Mitgliedern so viel, wie dies bei der Ortskrankenkasse der Fall sei. Wenn heute noch Mitglieder in den Ortskrankenkassen beständen, so könnten diese, wenn die Allgemeinheit sich diesen Kassen anschließen, sehr bald beseitigt werden. Struyken I erklärte: Die Bevollmächtigten hätten sich in zwei Sitzungen mit dieser Frage befaßt. Leider sei man, und zwar nach Anhörung eines Sachmanns, zu dem Ergebnis gekommen, daß in der Sache nichts zu machen sei. Auch vom Hamburger Oberlandesgericht sei entschieden worden, daß die Fabrikanten zur Zahlung des Drittels nicht verpflichtet seien. Früher hätte es eine Firma bezahlt, nachdem aber das Oberlandesgericht in Hamburg besagten Entscheid gefällt habe, hätte der Fabrikantenverein bei Konventionalkontrahierung seinen Mitgliedern die Weiterzahlung unterjagt. Im weiteren Verlauf der Debatte, an der sich die Kollegen Bergs, Ralkowski, Henke und Gadelberg beteiligten, wurde von allen Rednern, trotz Hamburger Oberlandesgericht, anerkannt, daß nach den Gesetzen von Vernunft und Billigkeit nur allein die Fabrikanten die Pflicht hätten, das Drittel zu bezahlen. Weigerten die Fabrikanten sich, so sei das wohl auf ihre Gegnerschaft zu den Sozialgesetzen überhaupt zurückzuführen. Die Hamburger Zigarrenfabrikanten hätten wahrlich keinen Grund, über die hohen Lasten dieser Gesetzgebung zu klagen, denn nicht nur, daß sie das Drittel zur Ortskrankenkasse nicht bezahlen, so lassen sie sich, gestützt auf unfre so hoch gepriesene Sozialgesetzgebung, von den Hausarbeitern die Beiträge für die Unfallversicherung bezahlen. Doch ließe sich vorerst nichts gegen diese Mißstände machen und bleibe nichts andres übrig, als Material zu sammeln und dieses dem Reichstag zu übermitteln, damit die in den Gesetzen vorhandenen Lücken beseitigt würden.

Nachdem Johann Repp den Kartellbericht gegeben, wurde zunächst unter Punkt Verschiedenes an Stelle Gadelbergs, der in seiner Eigenschaft als Gauleiter den am 18. Januar in Berlin stattfindenden Tabakarbeiterkongreß besucht, der Kollege Franz Struyken gewählt. Weiter regt im Namen der Bevollmächtigten und Kontrollen Henke die Frage an, ob von seiten der Zählstelle die verstorbenen Mitglieder durch eine Todesanzeige im Echo und im Tabakarbeiter bekannt gegeben werden sollen. Darneer spricht sich ganz entschieden gegen diese Anregung aus. Die Verbandsmittel seien nicht dazu da, um Pietät zu üben. Nachdem noch Struyken I und II und Repp für obige Bekanntgabe gesprochen, entschied die Versammlung gegen drei Stimmen im Sinne der letzteren Ausführungen.

Peterstwaldau. Am 13. Januar hielten die hiesigen Tabakarbeiter eine Versammlung ab. Zur Erledigung gelangten folgende Punkte: 1. Abrechnung vom 4. Quartal, 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes, 3. Stellungnahme zur Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskongreß, 4. Verschiedenes. Punkt 1 wurde genehmigt. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl der bisherigen Verbandsleitung. Neugewählt wurde Albert Kunze als erster Bevollmächtigter und Gustav Frubrich als Revisor. Zu Punkt 3 referierte Gauleiter Element. Er führte aus: Die drohende Tabaksteuer habe die gesamte Tabakarbeiterschaft veranlaßt, einen Kongreß einzuberufen, um der Regierung sowie den Volksvertretern mit Material aufzuwarten und ihnen einen Einblick zu geben in die Lebenshaltung der Tabakarbeiter, und sie, wenn möglich, zu überzeugen, daß eine weitere Belastung des Tabaks den Ruin der gesamten Industrie bedeuten würde. Deshalb sei zahlreiche Entsendung von Delegierten eine unbedingte Notwendigkeit. Je größer die Schär, die im Auftrage ihrer Mitarbeiter Protest erhebt, desto wichtiger wird der Eindruck sein. Reicher Beifall wurde dem Redner zuteil. Als Delegierter wurde Kollege Kunze einstimmig gewählt. Zu den Delegationskosten leistet Jauer eine Beihilfe von 20 Mk. Im Verchiedenen behandelt Kollege Element die Materialfrage. Die teilweise einsehende Geschäftsfleude, verschärft durch die schwebende Steuerverfahren, mache sich dadurch bemerkbar, daß versucht wird, durch Lieferung von schlechtem Material den Gewinnverlust wieder wett zu machen. Es gilt deshalb, die Organisation zu stärken, um auch im neuen Jahre Ersprießliches im Sinne des Verbandes zu erzielen.

Vereinstell.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6. — Telefon Nr. 6046. Bureauzeit von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6, zu adressieren.

Geld-, Einschreib- u. Versendungen nur an W. Niederwolland, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Emil Gilken, Altona-Ottensen, Schiel-Plattenstraße 1, I, zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Nach § 15b wurde gefriden: Bruno Ganz und Karl Eichner, zurzeit in Eilenburg.

Berichtigung.

Zur Bekanntmachung betreffs Gaueinteilung in letzter Nummer haben wir zu berichten, daß die Zählstelle Wittenberg nicht zum 10. Gau, sondern zum 11. Gau gehört. Die in Frage kommenden Gauleiter und Bevollmächtigten sowie Mitglieder wollen dies berücksichtigen.

Bremen.

Der Vorstand.

Vom Vorstände sind ernannt:

Für Ahim: Aug. Röder als 1. Bev., Job. Köster als 2. Bev., Wilh. Meyer als 3. Bev.; Frau Schwarze, Heinrich Glode, Reinhold Hoff als Kontrollen.

Für Altona: Rich. Bernhardt als 1. Bev., Rich. Große als 2. Bev., Rich. Spengler als 3. Bev.; Fr. Reimann, A. Lehmann, D. Stiefel als Kontrollen.

Bewerklichliches.

Mitglieder, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.

Barnstorf. Die Aussperrung bei der Firma Kunnebaum u. Co. dauert unverändert fort. Vor Zuzug wird gewarnt.

Sommerfeld. Der wegen Lohnabzugs in Höhe von 1 Mk. bis 1.50 Mk. pro Mille ausgebrochene Abwehrstreik bei der Firma Paul Würbel dauert fort. Kollegen, meidet diesen Betrieb.

Kottbus. Die Firmen A. Bemann, C. Busch, B. Segal, R. Stoy und Gebr. Wieland haben auch heute noch nicht bewilligt, weshalb der Streik fort dauert. Vor Zuzug nach Kottbus wird deshalb gewarnt.

Mürnberg. Der Abwehrstreik bei der Firma Luber u. Co. dauert fort. Jeder anständige Kollege wird diesen Betrieb bis auf weiteres meiden.

Bernburg. Bei der Firma Gorges u. Braumann befinden sich die Arbeiter in einem Abwehrkampf. Die Firma versuchte Lohnreduzierungen vorzunehmen, gegen die sich die Arbeiter wehren. Eine Verhandlung verlief erfolglos. Zuzug nach hier ist fernzuhalten.

Tangerhütte und Stendal. Eine allgemeine Lohnbewegung fand statt. Die Forderung lautete 1 Mk. Lohnhöhung. Die Lohnbewegung ist zugunsten der Arbeiter verlaufen, indem die Forderung bewilligt wurde.

Samburg. Der Abwehrkampf bei der Firma S. Eleftheriades u. Comp. (Zigarettenfabrik) ist noch nicht erledigt. Die mit dem Gauleiter getroffenen Vereinbarungen sind seitens der Firma durchbrochen.

Neumünster. Der Zuzug nach Neumünster ist nach wie vor streng fernzuhalten.

Fraustadt (Posen). Bei der Firma Schwalbe u. Sohn befinden sich die Arbeiter im Streik. Die Firma entließ einen Arbeiter, weil er für die Organisation eintrat. Eine Wiedereinstellung wurde abgelehnt. Die Arbeiter haben daraufhin eine Lohnforderung eingereicht und sind in den Kampf eingetreten. Der Zuzug ist auf alle Fälle zu meiden.

Klein-Welzheim. Der Streik bei der Firma Vereinigte Mitteldeutsche Zigarettenfabriken dauert fort. Der Zuzug ist nicht gestattet.

Cabakarbeiter-Kongress.

Berlin, 18. Januar.

Im Namen der Zentralkommission der Tabakarbeiter eröffnete Börner den Kongress und führte u. a. aus, daß es den Anwesenden selbstverständlich lieber gewesen wäre, wenn es ihnen erspart geblieben wäre, wieder einmal infolge neuer Steuerpläne zusammenzukommen. Der Redner erinnerte an die früheren Tabakarbeiterkongresse, die aus denselben Ursachen notwendig geworden waren. Der Kongress im Jahre 1893 habe ein gut Teil dazu beigetragen, daß die damals von der Regierung geplante Fabriksteuer fiel. Der Protest der einheitlichen Organisation der Tabakarbeiter, ihre Agitation in ganz Deutschland, habe damals ihre Wirkung nicht verfehlt. — Die Reichsregierung, die zu jenem Kongress eingeladen war, hatte keinen Vertreter entsandt und erklärte, daß sie dafür keine Beamten zur Verfügung habe. Ihr Verhalten rief um so mehr Empörung unter den Tabakarbeitern hervor, als die Regierung ja für Unternehmungskongresse in der Regel Beamte zur Verfügung hat. Uebrigens veranfaltete die Regierung bald darauf eine Enquete über die Verhältnisse in der Tabakindustrie, ein Beweis dafür, daß sie wohl Aufklärung über die Angelegenheit für notwendig erachtete. — Der Redner erwähnte ferner die Steuerborlage von 1905, dann die Einführung der Zigarettenbanderolesteuer, die Kongresse und Protestbewegungen, die dagegen veranfaltete worden waren, und wies kurz auf die verderblichen Folgen hin, die schon die Tabaksteuer von 1879 sowie die weiteren Belastungen der Tabakindustrie für die Arbeiterschaft mit sich gebracht haben. Nun werde allerdings von manchen Leuten behauptet, daß der jetzt vorliegende Entwurf der Reichsregierung schon gefallen anzusehen sei, aber man wisse ja aus alter Erfahrung, daß die Ansichten der Mehrheit der Reichstagsabgeordneten wandelbar seien, und darum müsse die Tabakarbeiterschaft alle Kraft einsetzen, um die Vorlage zu Fall zu bringen. — Die Reichstagsabgeordneten sind zu dem Kongress persönlich eingeladen. Erschienen sind bis jetzt von der sozialdemokratischen Fraktion die Abgeordneten Geher, Lehmann und Leigien, von der freisinnigen Volkspartei Hermann-Bremen. Auf Einladung der Reichsregierung ist diesmal verzichtet worden. Wie der Redner mitteilte, war die Zentralkommission einstimmig der Meinung, daß die Regierung zu den früheren Kongressen keinen Vertreter gesandt habe, auch fortdauernd den Interessen der Tabakarbeiterschaft feindlich gegenüberstehe, alle Aufklärungsversuche sich ihr gegenüber als vergeblich erwiesen, es keinen Zweck hätte, sie jetzt wiederum einzuladen.

Das Hauptthema des Kongresses lautet:

Die Vernichtung der Tabakindustrie nebst ihren Nebengewerben durch die seitens der Reichsregierung geplante Mehrbelastung des Tabaks.

Der Referent A. v. S. I. M. Hamburg führte u. a. etwa folgendes aus: Alle Richtungen unter den Tabakarbeitern sind darin einig, daß wir gegen jede weitere Belastung des Tabaks energisch protestieren müssen. Ich gebe meiner Freude Ausdruck darüber, daß auch der Hirsch-Dundersche Gewerbeverein hier vertreten ist. Vertreter der christlichen Organisation fehlen hier allerdings. Sie haben zwar auch gegen die Tabaksteuerborlage agitiert, aber sie nehmen einen Sonderstandpunkt ein. Die Christlichen machen uns den Vorwurf, wir seien nicht neutral. Ich betone, dieser Kongress soll nicht den Interessen einer politischen Partei dienen, sondern er soll die Interessen der gesamten Tabakarbeiter Deutschlands vertreten. Wir weisen deshalb den Vorwurf, daß wir nur den Interessen einer Partei dienen, ganz entschieden zurück. Unter den Tabakarbeitern finden wir alle politischen Parteien vertreten. Deshalb und wegen der großen Bedeutung der Tabakindustrie für alle Parteien des Reichstags an der vorliegenden Frage interessiert. Wenn unsere Bestrebungen Erfolg haben sollen, dann müssen wir schon den Versuch machen, die Vertreter aller Parteien in unserm Sinne aufzuklären, um sie für uns zu gewinnen. Leider ist die Zahl derjenigen, die früher

gegen jede Mehrbelastung des Tabaks im Reichstage auftraten, kleiner geworden. Die Konservativen haben erklären lassen, daß sie für die Banderolesteuer sind. Auf diesem Standpunkt standen sie 1893 nicht, als auch eine Banderolesteuer den Reichstag beschäftigte. Damals schrieb die Kreuzzeitung: Man könne nur mit Schrecken an die Wirkung dieser Steuer denken. — Die Wirkung der heute geplanten Steuer wird dieselbe sein, die sie damals gewesen wäre, es ist deshalb nicht zu verkennen, daß die Konservativen heute eine andre Stellung einnehmen wie 1893. Auf dem nationalliberalen Parteitag in Württemberg erklärte Professor Sieber, die Nationalliberalen würden nicht für die Banderolesteuer, sondern für die Erhöhung des Zolles und der Inlandssteuer auf Tabak stimmen.

Das Zentrum hat eine Erklärung über seine Stellung zur Tabaksteuerborlage noch nicht abgegeben. Wir wissen nur, daß es einer Banderolesteuer nicht sympatisch gegenübersteht. Ein Teil der Zentrumsvertreter aus Kreisen, wo die Tabakindustrie eine große Rolle spielt, hat sich allerdings gegen die Erhöhung des Gewichtszolles ausgesprochen. Dagegen soll der Zentrumsabgeordnete Trimborn gesagt haben: Das Reich braucht Geld, deshalb muß der Tabak bluten. Die Stellung des Zentrums in dieser Frage ist keine einheitliche. — Wie wird sich die freisinnige Fraktionsgemeinschaft zur Erhöhung der Tabaksteuer stellen? Bis hier haben die Freisinnigen neben den Sozialdemokraten im Reichstage entschieden gegen die Mehrbelastung des Tabaks gekämpft. Die Gründe, welche dafür maßgebend waren, bestehen auch heute noch. Aber eine offizielle Erklärung über die Stellung der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft zur Tabaksteuerborlage liegt bis jetzt noch nicht vor. Herr v. Payer hat sich zwar dazu geäußert, aber seine Äußerungen geben zu großen Befürchtungen Anlaß. Herr v. Payer ist gegen die Banderolesteuer, er meint aber, es ließe sich eine andre Form der Steuer finden. — Was kann das für eine Form sein? Wenn man nicht die Banderole- und nicht die Wertsteuer will, dann wird man auf den Inlandszoll und die Gewichtsteuer zurückkommen müssen. Dagegen hat sich aber auch Herr v. Payer früher erklärt.

Klar und bestimmt haben sich nur die Sozialdemokraten und die Polen gegen jede Mehrbelastung des Tabaks erklärt. Leider haben diese Parteien nicht die Mehrheit im Reichstage, und deshalb ist die Situation für uns sehr beunruhigend.

Früher haben sich auch die Handelskammern gegen jede Mehrbelastung des Tabaks ausgesprochen. Heute aber haben große Teile der Handelskammern eine entgegengesetzte Stellung eingenommen. Nur die Bremer Handelskammer hat sich gegen die Banderolesteuer und gegen die Erhöhung des Zolles ausgesprochen. Die Hamburger Handelskammer hat eine Erhöhung der Gewichtszoll- und der Inlandssteuer empfohlen. Diese Handelskammer hat auch in ihrem Bericht an den Reichstag den Glauben zu erwecken versucht, als ob die Interessenten der Tabakbranche damit einverstanden sind. Wir sind in Hamburg der Sache auf den Grund gegangen und in einer von mehr als 2000 Interessenten besuchten Versammlung festgestellt, daß dieselben den Standpunkt der Hamburger Handelskammer nicht teilen. Herr v. Eiden hat denn auch schriftlich erklärt, daß die von der Handelskammer vernommenen Sachverständigen sich gegen jede Erhöhung der auf dem Tabak ruhenden Lasten erklärt haben. Die Versammlung hat hierauf die Handelskammer aufgefordert, diese Erklärung auch öffentlich abzugeben und zu bekunden, daß sie in ihrem Bericht an den Reichstag nicht die Wahrheit gesagt hat. Die Berliner Handelskammer hat sich ebenfalls für Erhöhung des Zolles erklärt. Auch die Handelskammer in Münster (Westfalen) hat sich für Erhöhung der Steuer ausgesprochen und gesagt, wenn dieselbe zu einem Rückgang des Konsums führen sollte, so sei das im Interesse der Volksgesundheit zu begrüßen. — Das ist ein Widerspruch, denn wenn der Konsum zurückgeht, woher soll dann die Regierung das Geld aus dem Tabak hernehmen? Der Geheimere Kommerzienrat Vogel in Chemnitz erklärte, die Tabaksteuer sei die populärste Steuer. Wir meinen, wenn man hierüber eine Volksabstimmung veranstalten würde, die würde sich anders aussprechen.

Uns, den Gegnern der Tabaksteuer, wird der Vorwurf gemacht, uns mangle der Patriotismus. Ja, warum greifen denn die „patriotischen“ Befürworter der Steuer nicht in die eigene Tasche, um ihren Patriotismus zu bekunden. Warum soll es denn immer der Arbeiter sein, der die Kosten für den Staat aufzubringen hat. Wenn die geforderte Mehrbelastung des Tabaks angenommen wird, so bedeutet das für die Tabakarbeiter, daß sie ihre ganze Existenz opfern müssen und zeitweilig zum Hungern verurteilt sind. Das darf niemand von uns verlangen. Wir aber können verlangen, daß man uns Tabakarbeiter nach den gleichen Grundätzen behandelt, die andern Industrien gegenüber angewandt werden. Von diesen hat man noch nie das Opfer der Existenz verlangt. Durch das Gesetz von 1887 ist den Schnapsbrennern eine jährliche Liebesgabe von 45 Millionen Mark zugewandt worden. Jetzt, wo in der Spiritusindustrie ein Verkaufsmonopol eingeführt werden soll, verlangt man nicht, daß die Brenner die Liebesgabe zurückgeben, sondern sie sollen dafür, daß sie die Liebesgabe nicht mehr bekommen, entschädigt werden. Man will ihnen ihre Erzeugnisse zu guten Preisen durch den Staat abnehmen. Wenn man uns nach den gleichen Grundätzen behandeln würde, dann ließe sich über die Sache reden. Davon ist aber keine Rede, daß man uns unreife Produkte zu guten Preisen abnehmen will. Als wir für die Zigarettenarbeiter, die durch die Einführung der Zigarettensteuer arbeitslos geworden sind, eine staatliche Unterstützung forderten, erklärte der Reichschatzsekretär Freiherr v. Stengel, davon könne keine Rede sein.

Seit Bestehen des Reiches ist bei jeder Finanzreform erklärt worden, der Tabak muß bluten. Das wird auch jetzt wieder erklärt. Wir sind deshalb gezwungen, die Gründe, mit denen wir stets gegen die Belastung des Tabaks angekämpft haben, aufs neue vorzutragen. Jetzt sollen durch die Banderolesteuer 77 bis 78 Millionen mehr aus dem Tabak herausgeholt werden. Man sagt, in andern Ländern bringt der Tabak den Regierungen mehr ein wie in Deutschland. Das stimmt aber nicht. Man beruft sich in Deutschland immer nur auf die Steuern, die direkt vom Tabak eingenommen werden, ohne zu berücksichtigen, was die Tabakindustrie und ihre Nebengewerbe noch an andern Steuern aufzubringen hat, die in den Monopolländern natürlich fortfallen. Ferner ist zu berücksichtigen, daß in den Ländern mit höheren Tabaksteuern die Zahl der Tabakarbeiter viel geringer ist als in Deutschland. Hier kommen auf eine Million Einwohner 2908 Tabakarbeiter. In Frankreich sind es 78 Proz. weniger, in Oesterreich-Ungarn 61 Proz. weniger, in Italien 75,4 Proz. weniger, in England 73 Proz. weniger als in Deutschland. Auch in Deutschland würde die Zahl der Tabakarbeiter bedeutend zurückgehen, wenn die Mehrbelastung des Tabaks eintreten sollte.

Wir sollen also eine Banderolesteuer bekommen, die nach dem Wert der Ware abgestuft ist. Die Abstufer, welche die Vorlage vorsteht, soll der Gerechtigkeit entsprechen. Jeder Fachmann sieht aber, daß sie im höchsten Grade ungerecht ist. Nach der Abstufer der Vorlage bekommt beispielsweise der Raucher für 7 Pfg. eine bessere Zigarre wie für 8 Pfg. — Man beruft

sich auf die Banderolesteuer in Amerika. Aber dort beträgt die Steuer auf die Fünzigpennig- (5 Cents) Zigarre 6 Proz., bei uns dagegen 22 bis 30 Proz. des Preises.

Die Wirkung der Banderolesteuer in Deutschland würde die sein, daß 50 000—60 000 Arbeiter arbeitslos werden. Die Regierung will ja die Hausarbeit nicht antasten. Aber wie soll denn bei der großen Ausdehnung der Hausarbeit in der Zigarettenindustrie Deutschlands die Steuerkontrolle ausgeübt werden. Die notwendige Folge der Banderolesteuer würde sein, daß die Hausarbeit anders geregelt werden muß. Die dezentralisierte Form der Hausarbeit müßte aufgegeben werden. Auch die Händler und Gastwirte müßten einer Steuerkontrolle unterzogen werden. Das würde ungeheure Kosten verursachen, die natürlich vom Ertrag der Steuer abgehen. — Die Regierung legt besonderen Wert auf die Staffelung der Steuer nach dem Wert der Fabrikate. In Amerika hat man eine solche Staffelung gehabt. Sie hatte die Folge, daß die Löhne der Arbeiter ungeheuer herabgedrückt wurden, denn die Fabrikanten waren natürlich bestrebt, möglichst billig zu produzieren. Dieselben Folgen werden natürlich auch in Deutschland eintreten. Deshalb ist gerade diese Steuer besonders arbeiterfeindlich. In Amerika ist diese Steuerform auf Verlangen der Arbeiter bald wieder abgeschafft worden.

Die Banderolesteuer auf Zigaretten hat so schwerwiegende Folgen für die Arbeiter der Industrie gehabt, daß sie als Warnung vor der Einführung der Zigaretten-Banderolesteuer dienen kann. Die Steuer hat die Zigarettenfabrikanten veranlaßt, sich nach billigen Arbeitsmethoden umzusehen. Maschinen sind eingeführt und immer weiter vervollkommen worden. Die Folge davon war, daß die Handarbeit mehr und mehr zurückging und viele Arbeiter und Arbeiterinnen der Zigarettenindustrie brotlos wurden. Nur große kapitalträchtige Fabrikanten können sich die kostspieligen Maschinen anschaffen. Infolgedessen werden die kleinen Fabrikanten durch die Konkurrenz der großen mit der Zeit ruiniert, denn die Maschinenarbeit stellt sich um das Vielfache billiger als die Handarbeit. Hand in Hand mit dieser Entwicklung geht die Verlegung der Zigarettenfabrikation von den großen Städten aufs Land, wo die Löhne billiger sind. Schließlich wird auch die Zigarettenmaschine den Sieg über die Hausarbeit davontragen.

Allerdings ist in der Zigarettenindustrie die Maschine bei weitem nicht in dem Maße anwendbar wie in der Zigarettenfabrikation. Aber wenn nicht durch die Maschine, so würden die Zigarettenarbeiter durch den Rückgang des Konsums infolge der Steuererhöhung schwer geschädigt werden.

Das Reich braucht Geld, deshalb ist die Gefahr so groß für die Tabakarbeiter aller Branchen. Schon durch die 1879 eingeführte Tabaksteuer sind die Arbeiter ungeheuer geschädigt worden. Wenn jetzt die Banderolesteuer eingeführt wird, so werden die Arbeiter aufs neue schwer geschädigt werden. 40 000 Arbeiter würden sofort entlassen werden, wenn man die Berechnung zu Grunde legt, welche in der Begründung des Gesetzentwurfs aufgemacht wird. — Die Tabaksteuer von 1879 hat die Folge gehabt, daß die Fabrikation aus den Hauptorten der Tabakindustrie, Hamburg und Bremen, zum großen Teil nach Westfalen und Süddeutschland verlegt wurde, weil da die Arbeitslöhne niedriger waren. Diese Verschiebung der Industrie würde sich auch auf sich vollziehen, aber sie wird durch die Steuererhöhung bedeutend beschleunigt. Der Reichschatzsekretär hat am 19. November 1908 im Reichstage behauptet, diese Verschiebung der Arbeiter von Nord nach Süd betrage in den letzten 20 Jahren nur 7 Prozent. Das ist nicht richtig. Es beträgt der Rückgang in Norddeutschland 25,6 Proz., die Zunahme in Süddeutschland 138,3 Proz., also betrug die Verschiebung in 20 Jahren nicht 7 Proz., sondern 164 Proz.

Neuerdings geht die Verschiebung der Tabakindustrie, soweit es sich um die Steigerung des Absatzes der billigen Sorten handelt, auch nach dem Osten — dort sind die Arbeitskräfte noch billiger zu haben wie im Süden. Die bedürftigsten Proletarier wohnen im Osten, an der Grenze Rußlands, dem wir uns immer mehr nähern. Auch aus Leipzig und Berlin sind die großen Zigarettenfabriken nahezu verschwunden. Die Folge dieser Verschiebung, die Folge der fortgesetzten Mehrbelastung des Tabaks ist eine Verdrängung der Lebenshaltung der Tabakarbeiter. In den Orten der Tabakindustrie sind viele schwächliche Personen ansässig, die in der Tabakindustrie arbeiten. Was soll aus diesen Arbeitern werden. Sie können der auswandernden Industrie nicht folgen. Ihre Existenz wird vernichtet. Westfalen würde zum Teil entvölkert, wenn die dort ansässigen Tabakarbeiter keine Beschäftigung finden. Das kleine Eigentum, welches viele derselben haben, würde vernichtet.

Die neuen Steuerpläne bedeuten also neue, schwere Schädigungen der Arbeiter. Ihre Lebenshaltung wird um 60—100 Prozent herabgesetzt. Das ist eine Entwicklung zum Nullpunkt, eine Verjüngung ohne Ende. Jahrelang haben wir gekämpft und gearbeitet, um aus der Verjüngung herauszukommen, in die wir durch die 1879 eingeführte Steuer gekommen sind. Wenn jetzt die geplante neue Steuer beschlossen wird, so würden wir wieder zurückgeworfen werden in das Elend, aus dem wir uns kaum etwas herausgearbeitet haben. Unsere Bestrebungen, die Lebenshaltung der Arbeiter zu verbessern, würden vereitelt werden. Wenn es die Herren im Reichstage nicht wissen — wir wissen es, und hier sind viele, die es am eigenen Leibe erfahren haben, daß die Tabakarbeiter Jahr aus Jahr ein hungern mußten. Solches Unglück, wie die Tabaksteuer von 1879 zur Folge gehabt hat, darf der Reichstag, wenn er menschlich denkt, nicht ein zweites Mal heraufbeschwören. Die jetzt geplante Steuer muß die Konsumenten belassen, denn von den Löhnen der Arbeiter kann nicht der ganze Betrag der Steuer abgezogen werden, weil ihnen sonst nicht mehr so viel bleiben würde, um auch nur das elendeste Leben zu fristen. Trotzdem wird man versuchen, die Löhne herabzudrücken und die Arbeitszeit zu verlängern. Was wir seit Jahren für die Erhöhung der Lebenshaltung der Tabakarbeiter erreicht haben, wird wieder verloren gehen.

Wir protestieren hier gegen jede Mehrbelastung des Tabaks nicht der Fabrikanten wegen. Wir protestieren auch nicht im Interesse der Händler und nicht der Konsumenten wegen, sondern wir protestieren hier im Interesse der Arbeiter, die mit vieler Mühe dazu gekommen sind, ihre Lebenshaltung aufzubessern. Wir fordern im Namen der Gerechtigkeit, daß der Reichstag berücksichtigt, was er mit der Annahme der Vorlage anrichten würde. Wir brauchen nicht übertreiben, wir sagen nur die Wahrheit. Wenn trotzdem der Reichstag das Verbieten begehren sollte, eine Steuererhöhung zu beschließen, so bringt er namenloses Unglück über die armen Tabakarbeiter. (Lebhafte Beifall.)

In der Nachmittagsitzung wurde mit dem zweiten Punkt der Tagesordnung: Berichte der einzelnen Delegierten, begonnen. Als erster Redner erhielt Franz Schmidt-Dresden, Vertreter der Zigarettenarbeiter, das Wort. Er führt aus und beweist durch ein reichhaltiges statistisches Material, daß die 1906 eingeführte Banderolesteuer alle

Heinrich Franck Berlin N. 54

≡ Brunnenstr. 185. ≡

Telephon Amt III, 4352. Geschäftszeit: Vormittags 8 Uhr bis abends 7 Uhr, Sonntags 8 bis 10 Uhr vormittags. Gegründet 1879.

Vorstenlanden-Decken:

Tadelloser Brand, feiner Geschmack.

Nr.	Preis verz. Mk.	Marke:	Beschreibung:
1431	1.60	Manang	Fahler, teils grauer Tabak mit etw. Schussfarben; 2. u. 3. Länge zusammen
1464	1.60	Gemampir	Vollblatt, 2. Länge, hellbraun, breitblättrig, sehr deckfähig
1465	2.25	Ngoepit	Vollblatt, 2. Lge., alt, feinste Qual., hellbraun
1432	2.50	Manang	Vollblatt, 2. Länge, sehr zart u. breitblättrig, graufahl, zum verkehrtrollen
1434	3.—	Papringan	Vollblatt, 2. Länge, sehr zart und lebhaft hell, Sumatra-Art
1370	3.50	Manang	Vollblatt, 1. Länge, wunderb. zart, ganz hell, verk. fein hellfahl, ungemein deckfähig

Java-Decken:

Tadelloser Brand, feiner Geschmack.

1465	1.80	Bezoeki	Helles rotbraun, ca. 2 Pfund Deckkraft, voller Geschmack, 2. Länge
1466	1.80	Bezoeki	Schwarzbraun, Mexiko-Farben, voller Geschmack, 2. Länge
1467	2.50	Sumatra-Saat	Vollblatt, 2. Länge, 1 1/2 Pfund Deckkraft, zart, gute Farben
1188	2.80	Sumatra-Saat	Vollblatt, 2. Länge, 1 1/4—1 1/2 Pfund Deckkraft, zart, fast reine Farben
1046	3.—	Sumatra-Saat	Vollblatt, 2. Länge, 1 1/4—1 1/2 Pfund Deckkraft, reine schöne Farben

St. Felix-Brasil:

Nr.	Preis verz. Mk.	Gewächs:	Beschreibung:
1369	1.10	Cruz das Almas	Einlage, leicht, gutschmeckend, gedockt
1409	1.25	Cruz das Almas	Einlage, leicht, feinste Qualität, tadelloser Brand, gedockt, blättrig
1410	1.30	Cruz das Almas	Einlage, leicht, feinste Qualität, tadelloser Brand, gedockt, sehr blättrig
1302	1.40	Mattas	Einlage, ff. leicht, sehr vorteilhaft, sehr blättrig
1303	1.50	Mattas	Umbl. m. Einl., tadell. Geschmack, grossblättrig
1444	1.50	Patent	Umblatt m. Einlage, sauer, feiner Geschmack, sehr empfehlenswert
1445	1.50	Cruz das Almas	Umblatt mit Einlage, sehr leicht, sehr blättrig, sehr fein, gross
1446	1.50	Cruz das Almas	Umblatt m. Einlage, mittel, feiner Geschmack
1363	1.60	Cruz das Almas	Umbl. m. Einl., bestech. Qual., mit viel Decke
1365	1.80	Cruz das Almas	Einlage, leicht u. mittel, Ersatz f. gut. Havana
1411	2.50	Mattas	Decke, dunkel bis schwarz, feinsten Brand, prima Geschmack, grosse Deckkraft
1412	3.—	Cruz das Almas	Decke, fast schwarz, riesige Deckkr., feinst. Brd.

Sumatra-Umblatt:

1460	1.30	4. Länge	Sehr leicht, sehr blättrig, fest
1438	1.40	4. Lge. Vollblatt	Sehr leicht, sehr fest, hell
1461	1.50	3. Lge. Vollblatt	Riesig ergebnis, gross
1462	1.50	4. Lge. Vollblatt	Sandblatt, sehr sehr leicht, f. feinstes Fabrikat
1439	1.60	4. Lge. Vollblatt	Sehr zart, sehr hell, sehr fest
1372	1.80	3. Lge. Vollblatt	Für feinst. Fabrikat od. Decke f. kleine Zigarren

Beordern Sie in Ihrem eigenen Interesse gefl. sofort Proben!

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946. Neustadtswall 36. Fernsprecher 3946.

Als Ersatz für den sehr hoch im Preise stehenden Brasil empfehle:
10000 Pfund Java, Umblatt und Einlage, großblättrig und flott am Blatt brennend, feine Qualität, 85 Pfg. Ferner offeriere **12000 Pfund Carmen**, schlecht 80 Pfg., prima 85 Pfg., doppelt prima 90 Pfg. **Sumatra-Decker**, zweitei Vollblatt-Länge, ganz hell und reinfarbig, deckt mit 1 1/2 Pfund, tadellos weiß brennend, 350 Pfg.; erste Vollblatt-Länge, wunderbare Farben und Brand, 400—500 Pfg. Ferner empfehle **Sumatra-Decker** von 140—400 Pfg. in allen Farben. **Sumatra-Umblatt und Einlage** (Sandblatt) 110 Pfg. **Vorstenland-Decker**, duffbraun 170 Pfg., hellfarbig 220, 250—300 Pfg. **Java-Decker** 220—300 Pfg., **Umblatt** 100, 110, 120, 130 Pfg., **Umblatt** und **Einlage**, feinste Qualität und flott am Blatt brennend, 95 und 100 Pfg. **Mexiko-Decker**, graubraun 300 Pfg., dunkel 220 Pfg. **Umblatt** 150 Pfg. **St. Felix-Brasil-Decker**, garantiert schneeweißer Brand und größte Deckkraft, 170 und 180 Pfg., **Umblatt** 120 Pfg. **Havanna**, edle Qualität, 300 Pfg. **Yara-Cuba** 160, 220 Pfg. **Domingo** 85, 90, 100 Pfg. **Portorico** 90 Pfg. **Losgut** aus nur überseeischen Originaltabaken, meist Umblatt enthaltend, 85 Pfg.

Wickelformen { neu und gebraucht, in allen Fassons, von 50 bis 125 Pfg. — **Schiffchen-Abdrücke** versende gratis und franko. }

Neue, schmiedeeiserne **Formenpressen** mit Flachgewinde inkl. Holzfuß und Drehbrett, für 10—12 Formen, pro Stück 6.50 Mk.
Gummi-Traganth, allerfeinste, helle Ware, pro Pfund 250 Pfg.
Zigarrenband, feinste, gelbe Halbheibe, 8 Lin., pro 50 Nr.-Rolle 160 Pfg.
Preise per Pfund verzollt. Versand nur unter Nachnahme.

Rohtabak-Lager Wilhelm Puchtler.

Besonders vorteilhaftes Angebot:
Sumatra, Stückbl., 2. L., hell, tabelloier Brand, p. Pfd. 1.40, 1.80, 2.75.
Vorstenland, Dede, 1. L. Vollbl., hell und mittelfarbig, p. Pfd. 2.30.
Brasil, Umbl. u. Dede, tabellos in Brand und Qualität, p. Pfd. 1.45.
Losgut, gesund, rein amerikanisch, per Pfund 85 Pfg.
Versand nur gegen Nachnahme. Altona, Paulstrasse 14.

Carl Roland, Berlin SO.

Rottbuser Straße 4.
Sumatra, Dede, Vollblatt, per Pfund 2 Mk., hell 3 Mk. **Java-Sumatra**, Dede, Vollblatt, per Pfund 2.30 Mk. **Java**, Aufarbeiter, sehr leichtblättrig, per Pfund nur 1.05 Mk. — Alle anderen Tabake billigst und reell.

Geräte für die Fabrikation

als:
Wickelformen, Formenpressen, Ristenpressen, Arbeitstische, Schmel-, Sortier-, Sift-, Siftläden für Wickelmacher, Bündelpressen etc.
Rollbretter, Ia-Ware, rotbuch 1.50 Mk., weißbuch 2.40 Mk. unverwundlich!
Echt amerik. Kopfbretter mit Eisenböden — Unerreicht in Haltbarkeit! — per Stück 5.50 Mk., 10 Stück 53 Mk.
Arbeitsmesser, prima Stahl per Stück 25 Mk., 10 Stück 2.40 Mk.
Hamburg-Arbeitsmesser zu gleichen Preisen.
Trockenöfen zu 2 Mille 40 Mk. zu 3 Mille 55 Mk.
 P. S. Sämtliche Geräte sind nur aus bestem Material hergestellt, worauf ich ganz besonders aufmerksam mache.
W. Hermann Müller, Berlin
Magazinstrasse 14.

Schöne alte Kinderreime. Preis 15 Pfg. Volksbuchhandlung, Leipzig.

S. Hammerstein Filiale Berlin N., Brunnenstr. 183.

Vertreter: Gustav Boy
Roh-Tabak. Bedarfs-Art.
Sumatra-Decke, besonders preiswert, hellfarbiges Stückblatt à 200, 300 Mk., hellfarbiges Vollblatt ff. à 400, 450 Mk., mittelfarb. Vollblatt à 250, 275, 360 Mk.
Sumatra-Umblatt 140 Mk.
Java-Sumatra-Decke 215, 230 Mk.
Vorstenland-Decke 200, 225, 250 Mk. schwarz (wie Mexiko) 250 Mk.
Java 85, 90, 95, 105, 120, 130, 135, 140 Mk.
Brasil 105 Grf., 125, 130, 135, 150, 200 Mk.
Carmen 90, 95, 100, 110, 115, 120, 130 Mk.
Domingo 90, 95 Mk., **Umblatt** 100, 115 Mk.
Seedleaf, großblättrig, pa. Dual., nur 90 Mk.
Fabrikabfall, grob, 75 Mk., **Losgut** 85 Mk.
Inländische Einlage 85 Mk.
Entrippte, rein überseeische hochfeine Einlage 120 netto
Preise per Kasse mit 5 Proz. Rabatt.
Verband unter Nachnahme.

Bruno Eickhoff, Rohtabak, Bremen

Preise verzollt pro Pfund gegen Kasse.
 Von neuen Einkäufen empfehle:
Sumatra-Decker, 2. Länge Stückblatt, hell, Ia Ia Brand, Deli 130 Mk.
 do. 1. " " " " " " 160 Mk.
 do. 3. " " " " " " 180 Mk.
 do. 2. " " " " " " 220 Mk.
 do. 1. " " " " " " 250 Mk.
 do. 2. " " " " " " 350 Mk.
 do. 2. " " " " " " 650 Mk.
Sumatra-Umblatt, leicht und edel. 115—130 Mk.
Vorstenland-Decker, hellfahl. 220—300 Mk.
Java-Umblatt, hochfein. 120—140 Mk.
Java-Einlage mit Umblatt 80—100 Mk.
Mexiko, feinsten St. Andres. 350—500 Mk.
Havanna, Umblatt und Einlage 120—250 Mk.
Seedleaf, feinstes Umblatt 90—120 Mk.
St. Felix-Brasil, Einlage 100—120 Mk.
 " " Umblatt 120—140 Mk.
 " " Deder 150—200 Mk.
Domingo FF 85—100 Mk.
 " " " " 80—85 Mk.
Carmen, hochfeines Umblatt 90—100 Mk.
Losgut, fast reines Umblatt 80—90 Mk.
Preise verzollt pro Pfund gegen Kasse.
 Ziel bei Aufgabe unter Referenzen nach Uebereinkunft. Pakete nur Nachnahme!
 Bei größeren Abschüssen Spezial-Offerte. Zum Beispiel offeriere einen Posten **Felix** zum Schneiden à 35—40 Mk. pro Pfund unverzollt gegen Kasse. Einen großen Posten **Losgut** in Ballen von ca. 250 Pfund, rein amerikanisch, à 30 Mk. pro Pfund unverzollt.
Proben nur gegen Nachnahme. Proben nur gegen Nachnahme.

Bruno Eickhoff, Rohtabak, Bremen.

Heinrich Borrmann, Bremen

Billigste Preise! **Rohtabak** Reichhaltiges Lager

Ich habe mich entschlossen, neben meinem Engros-Geschäft einen **Detail-Versand** einzurichten. Es kommen nur **garantiert kerngesunde Tabake** aus **originalen Ballen** zum Versand. Sorgfältige Verpackung und gewissenhafte Erledigung auch des kleinsten Auftrags.

Die Preise verstehen sich per Pfund verzollt gegen Kasse. **Auszug aus meiner Preisliste!**

Sumatra-Decker 1. Länge, sehr gutes Stückblatt, blütenweißer Brand, mittelfarbig. 190 Mk.
 ferner alle Längen und Farben von 200 Mk. bis 450 Mk.
Vorstenland-Decker sehr zu empfehlen, tabelloser weißer Brand und vorzüglicher Geschmack, mit 1 1/2 Pfund bedend, per Pfund. 190 Mk.
Havanna-Einlage, leichte, würzige Qualität, vorzügl. Füllmaterial 165 Mk.
Java-Decker, 2. Länge Vollblatt 200 Mk.
Java-Umblatt, flotter Brand und vorzüglicher Geschmack. 110—180 Mk.
Java-Einlage, kräftige u. leichte Qualität, sehr blättrig. 90 95 Mk.
Java-Umblatt und Einlage. 100 Mk.
Seedleaf, sehr feines Umblatt, sparfam im Gebrauch. 110 115 120 Mk.
St. Felix-Brasil, großblättr. Einl. 130 Mk.
 do. do. Aufleger. 140 Mk.
 do. do. Deder 180 190 210 Mk.
Carmen-Umblatt. 100 105 110 Mk.
 do. Umblatt, Einlage. 90 Mk.
Domingo FF 100 Mk., F 95 Mk., A 90 Mk.
Gemischte Original-Tabake, alles gedebte Ware, Aufarbeiter. 90 Mk.
Versand nur gegen Nachnahme. — Kredit nach Uebereinkunft.

Heinrich Borrmann, Rohtabak, Bremen.

sch zur Verfügung stelle, auch die Münchener würden Arbeit genug bekommen, denn es sei dort auch noch manches zu übernehmen, wie ja Oberle selbst konstatiert habe. Nachdem Redner noch einige praktische Anregungen für die Delegierten zur Feststellung des nötigen Materials für den Protestkongress gegeben, nahm der Kollege W i l d e m a n n das Schlusswort zu diesem Punkt und stellte an Oberle das Ersuchen, sich auszupressen, ob er jetzt im Klaren sei über das, was voraufgegangen sei.

Oberle: Nachdem die Angelegenheit in so erschöpfender Weise durch Wildemann und Geising dargestellt sei, erscheine die ganze Sache in einem andern Lichte und müsse auch er zugeben, daß man nicht anders hätte verfahren können, als wie es geschehen sei. Er, Redner, verpflichte sich, dieses in der am 13. Januar in München stattfindenden Versammlung zu erläutern. Nach einem kurzen Schlusswort von Wildemann wurde die Konferenz mit einem dreimaligen Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiterverband geschlossen.

Berichte.

Bremen. Zur Tarifbewegung der bremischen Zigarrenarbeiter hat auch der über 600 Mitglieder starke Bremer Wirteverein von 1894 in einer stark besuchten Mitgliederversammlung Stellung genommen und nach einem voraufgegangenen Referat des Kollegen D e i c h m a n n - Bremen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der bremischen Zigarrenarbeiter nachfolgende Resolution einstimmig gutgeheißen: „Die am 12. Januar tagende Mitgliederversammlung des Bremer Wirtevereins von 1894 erkennt an, daß die von den bremischen Zigarrenarbeitern eingeleitete Tarifbewegung nicht allein vollauf berechtigt ist, sondern auch einem Gebote der Notwendigkeit entspricht. Sie beauftragt daher die Leitung des Vereins, an alle Mitglieder des Vereins ein Rundschreiben zu richten, in welchem ihnen dringend zu empfehlen ist, beim Bezuge von Zigarren nur solche bremische Zigarrenfabrikanten zu berücksichtigen, die den von den organisierten Zigarrenarbeitern Bremens aufgestellten Lohnstarif unterschriftlich anerkannt haben. Seitens der Ortsverwaltung Bremen des Deutschen Tabakarbeiterverbandes soll die Bekanntgabe der tarifstreuen bremischen Zigarrenfabrikanten in geeigneter Weise und periodisch erfolgen.“ Hoffentlich befolgen die Mitglieder des erwähnten Wirtevereins zu Bremen, dessen Beschluß ihm alle Ehre macht und der von allen Tabakarbeitern freudig begrüßt werden wird, die Resolution und helfen den Tabakarbeitern in ihren Bestrebungen, auskömmliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen.

Bremen. Eine am 12. Januar, abends, im Gewerkschaftshaus tagende Mitgliederversammlung der Zahlstelle Bremen I erfreute sich eines unerwartet guten Besuchs. Nach berlesener und genehmigter Quartalsabrechnung der Verbands- und Lokalassesse errieth die Ortsverwaltung ihren Jahresbericht. Aus diesem war zu entnehmen, daß die Zahlstelle Bremen I eine Einnahme in Höhe von 14 453.54 Mk. inklusive 1068.39 Mk. Saldo von 1907 zu verzeichnen hatte. Dieser Einnahme stand eine Ausgabe in Höhe von 10 598.10 Mk. gegenüber. In Unterstützungen wurden gezahlt 2220.95 Mk. an Streikende und Gemäßigte, 876.50 Mk. an Arbeitslose, 5760.95 Mk. an Kranke und 525 Mk. an Sterbeunterstützung. Der Lokalfonds verblieben 1068.70 Mk. Für Agitation wurden 92.95 Mk. und an Porto 35.05 Mk. abgezahlt. An den Zentralvorstand wurden 3300 Mk. abgezahlt. In der Zahlstellenkasse verblieben 553.44 Mk. Bestand. Die Mitgliederzahl, die zu Anfang des Jahres 491 betrug, stieg auf 515, darunter 172 weibliche Mitglieder. Die Lokalfasse schloß mit einem Warbestande in Höhe von 88.88 Mk. ab. Eine Anzahl Lohnbewegungen partieller Natur (betriebsweise), die geführt wurden, verliefen meistens mit annehmbaren Erfolgen. Angekündigte Lohnreduzierungen wurden zurückgewiesen. Lohn-erhöhungen wurden in einer Reihe von Fällen in Höhe von 0.50 bis 2 Mk. pro Wille durchgesetzt. Die gesamte Ortsverwaltung wurde hierauf einstimmig wiedergewählt. An Stelle des bisherigen Revisors des Zentralvorstandes, Kollegen Joh. Peters, wurde Kollege S. Bobbenkamp gewählt. In die neuerdings geschaffene Institution der geschäftsführenden Kommission für die Zahlstellen Bremen I und II wurden außer den drei Bevollmächtigten noch zwei andre Kollegen gewählt. Der Kartellbericht, der anschließend gegeben wurde, fand allgemeine Zustimmung. Mit dem Amte des Kartelldelegierten wurde der bisherige Delegierte Kollege Chr. Blome wieder einstimmig betraut. Beschlossen wurde noch zu der neu eingeleiteten Tarifbewegung, daß mit Fabrikanten, die selbst noch im Arbeitsverhältnis stehen, kein Tarifvertrag eingegangen werden darf. Diejenigen wenigen Fabrikanten, die dem Verbands noch angehören und den Tarif noch nicht unterzeichnet haben, sollen aufgefordert werden, den Tarifvertrag zu unterzeichnen, widrigenfalls die Streichung zu erfolgen habe. Mit Genußnahme konnte konstatiert werden, daß die Bewegung der Bremer Zigarrenarbeiter zu unterstützen, indem es sich bereit erklärte, alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Bremens aufzufordern, nur Zigarren von Firmen zu beziehen, die tarifstreuen sind. Ähnlich wie das Gewerkschaftskartell hat auch der über 600 Mitglieder starke Bremer Wirteverein einstimmig beschlossen, seine Mitglieder aufzufordern, bei Bezug von Zigarren nur die tarifstreuen Firmen zu berücksichtigen. Die Tarifbewegung habe bis heute schon gute Fortschritte gemacht. In 41 Betrieben mit 89 Arbeitern sei er schon anerkannt und es stehe zu erwarten, daß auch die übrigen 37 Kleinbetriebe mit 173 Arbeitern diesem Beispiele bald folgen würden.

Frankenberg. Die am 6. Januar abgehaltene Hauptversammlung hatte sich mit folgender Tagesordnung zu beschäftigen: 1. Abrechnung von 4. Quartal; 2. Neuwahl der Verwaltung und Kartelldelegierten; 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt gibt Kollege Max Köhler den Kassenbericht vom 4. Quartal, desgleichen den der Lokalfasse, und wurde über beide Abrechnungen, nach dem Bericht der Revisoren durch Kollegen Rich. Fischer, dem Kartier Entlastung erteilt. Zu Punkt 2 beantragte Kollege Gust. Lehmann, die Wahl per Affirmation vorzunehmen, was einstimmig Annahme fand, und wurden die Kollegen Fischer als erster, Max Köhler als zweiter und Fernh. Weber als dritter Bevollmächtigter, als Revisoren die Kollegen Joh. Finke, Otto Lehmann und Frau Raden gewählt. Als Delegierte zum Kartell wurden gewählt die Kollegen W. Jenich, G. Lehmann, W. Probst, R. Gnaud, J. Finke und M. Rebenstroff. Unter Verschiedenem gibt Kollege Fischer bekannt, daß der Jahresbericht des Kartells den Mitgliedern binnen kurzer Zeit zugestellt werde, ferner mache er noch ganz besonders auf den am 16. Febr. stattfindenden Vortrag für Frauen aufmerksam; näheres hierüber werde noch bekannt gegeben. Kollege Schiller erlucht die Mitglieder, nachdem von seiten des Kartells dem Antrag der Tabakarbeiter um Gewährung von Vorzugspreisen im Kaiserpanorama Rechnung getragen worden ist, auch ausgiebigen Gebrauch davon zu machen. Da Kollege Baumgarten seinen Antrag hochhält, wird selbiger zur Diskussion gestellt. Die sich darüber entzündende recht lebhaft Debatten wurde durch den Antrag G. Lehmanns, diese Angelegenheit zur Bequatschung des Hauptvorstandes vorzulegen und den Bescheid deselben der Versammlung mitzuteilen, welcher von den Mitgliedern angenommen wurde, beendet. Weiter wurde noch die seit längerer Zeit bestehende Differenz zwischen den Kollegen Probst und G. Lehmann durch die abgegebene Erklärung des letzteren zur Zufriedenheit des Kollegen Probst beendet.

Hamburg-Altona. Zu einer eindrucksvollen Protestkundgebung gegen die ungeheuerlichen Tabaksteuerpläne der Reichsregierung gestaltete sich die von etwa 3000 Tabakinteressenten besuchte Versammlung am 13. Januar. Sie wurde von G a d e l b e r g (Tabakarbeiter) mit einem Hinweis auf den Bremer

erregenden Bericht der Hamburger Handelskammer eröffnet. Die Tabakarbeiter, die gleich den Fabrikanten und Ladeninhabern gegen jede weitere Belastung des Tabaks seien, hätten geglaubt, Herr v. Eiden, der als Sachverständiger fungierte, sei der Urheber. Dieser habe aber erklärt, die Handelskammer habe gegen den Wunsch der Interessenten gehandelt, und weiter von einem unklaren Wortlaut des Berichts geschrieben. Er sowohl wie sein Sohn hätten gesagt, die Hamburger Handelskammer solle so handeln, wie die Bremer. Weiter betrug Redner auf v. Eidens Erklärung in den Zeitungen.

G e s e l l e b a r t h (Verbandssekretär der deutschen Ladeninhaber): Sein Verband sei gegen jede Form der Belastung, was auch auf dem außerordentlichen Verbandstage in Berlin ausgesprochen sei, Fabrikanten und Händler ständen alle auf dem gleichen Standpunkt. In Berlin sei der Sachausschuß gegen die Steuer, die Handelskammer aber nur gegen die Vandalensteuer aufgetreten. In Hamburg sei das Verhalten der Handelskammer aber ein weit schlimmeres. Betragt seien die Herren v. Eiden, Weber (Müller u. Co.), Bähle, Müller (Müller u. Martens) und Baumach (Justus). Sie hätten sich gegen jede Belastung erklärt. Das hätte die Handelskammer aber „schon gewußt“. Die Herren hätten die Handelskammer ersucht, ihren Bericht zu ändern, da er mißverständlich sei; schließlich habe sie sich bereit gefunden, durch ihren Sekretär erklären zu lassen, es handle sich um eine unglückliche redaktionelle Fassung. Der strittige Satz des Berichts beziehe sich nur auf den ersten, nicht auf den zweiten Teil der Erklärung der Sachverständigen. Ihm, Redner, scheine die unglückliche Fassung nicht ganz unbeabsichtigt, die Handelskammer handelte „aus höheren politischen Gesichtspunkten“. Redner war der Meinung, die Regierung halte an der Vandalensteuer fest; für Zollerhöhung sei der Bundesrat nicht zu haben.

v. E i m (Sortierer): Es sei erfreulich, daß die Sachverständigen sich nicht für Erhöhung des Rohabzollens und der Inlandssteuer ausgesprochen hätten. Die Versammlung müsse die Handelskammer ersuchen, ihre „Richtigstellung“ der Öffentlichkeit, und zwar nicht nur der Presse, sondern auch der Regierung und dem Reichstage, zuzustellen. Die Fassung lasse eine andre Deutung gar nicht zu; die Handelskammerleute verstanden doch deutsch. Man müsse scharf an ihr Gewissen appellieren; ihr Bericht sei unwahr. Ganz seien aber auch die Interessenten nicht freizusprechen; v. Eiden hätte dem Teufel nicht den Kleinen Finger geben sollen, wie es 1906 auch die Herren vom Ring der Zigarettenfabrikanten getan. Wer nicht entgegenkommen wolle, dürfe auch nicht so reden, wie es v. Eiden in seinen Artikeln getan. Die Mehrheitsparteien des Reichstages seien gegen die Vandalensteuer gewesen, ehe v. Eiden die Artikel losließ. Der liberale Block wünsche nach v. Bayer nur einen Weg zu einer vernünftigeren Form. Da sei der Optimismus Gesselbarths bezüglich des Bundesrats, der schon 1906 die Zollerhöhung gefordert, doppelt unbegreiflich. Damals habe die Regierung die Zigarettenpapiersteuer gefordert, aus der Kommission des Reichstages sei die Vandalensteuer hervorgegangen. „Die Regierung braucht Geld, was sollen wir machen?“ — sagte ein Freisinniger; sie verzichte auf die Vandalensteuer, wenn ihr nur die nötigen Mittel gewährt würden. Mittelstand hin — Mittelstand her! Geld ist die Lösung. Die Regierung werde nicht spröde sein, sie werde alles nehmen. Grundfrage gebe es heute ja nicht mehr, die Politik werde tatsächlich den Charakter. Alles falle um; 1906 waren die Nationalliberalen noch gegen jede Belastung, heute treten sie für Zollerhöhung ein; die Ladeninhaber seien Faulkner, sagen sie, die mühten verächtlich werden. Der Handelskammer habe sich gegen die Vandalensteuer, aber für die Zollerhöhung erklärt; sein Vorgesetzter sei der Freisinnige Kaempf. Wie kommen aber die Arbeiter dazu, zu bluten, warum opfern nicht jene Herren ihr Geld auf dem Altar des Vaterlandes? Den Steuern zahlenden Arbeitern, Händlern, Fabrikanten könne doch niemand mangelnden Patriotismus vorwerfen! Diese wollten nur mit gleichem Maße gemessen werden, wie andre Industrien; die Branntweinbrenner erhielten Entschädigung, die Tabakarbeiter natürlich nicht, obwohl es vielfach arme Krippel seien. Beim Zuder sei die Steuer ermäßigt worden, um den Konsum zu heben. Warum nicht auch beim Tabak? Da gehe die Logik flöten. „Tabakrauchen ist Luxus.“ Ja, was sei denn Luxus? Herr v. Bayer habe 1906 gesagt, ein bescheidener Luxus gehöre zum Leben. Beim Massenluxus solle man mit Steuern usw. besonders vorsichtig sein, sonst gewöhnen ihn viele sich ab, namentlich wenn das Kraut schlechter werde. Die meisten redeten über die Zigarettensteuer, wie Blinde über Farben. Die Arbeiter wüßten, daß sie die Folgen zu tragen hätten. Sieger werde der American-Trust sein; die Großen fressen die Kleinen. Die Herren im Reichstagskartell könnten nicht rechnen; es sei ganz unglaublich! Sie seien mit sträflichem Leichtsin vorgegangen, das Volk zu täuschen. Sie redeten von einer Verschiebung der Produktion nach Süddeutschland um nur 7 Prozent; jeder Schuljunge könne ausrechnen, daß es seit 1875 nicht weniger als 164 Prozent seien, von 22 000 zu 20 800 auf 16 410 zu 49 298 Vollarbeiter. Auch von einem Ausgleich der Löhne in Süd und Nord könne absolut nicht die Rede sein. Redner blüht nicht freudig in die Zukunft. Eine Reihe Abgeordnete seien schon abtrünnig geworden. Die Interessenten seien auf ihre eigene Kraft angewiesen. Da sei es erfreulich, daß die Ladeninhaber mehr tun wollen. Die Fabrikanten verlangen „ihre Ruhe“; deshalb seien sie lieber für höhere Zölle. Auch da würden die Großen durch Verdrängung der Kleinen sich schadlos halten. Für diese gebe es keine Ruhe, sondern nur Sorgen über Sorgen. Die Arbeiter würden zu verzweifelt Lohnkämpfen getrieben, weil Lohnabzüge und Fabrikverlegungen eintreten. Ruhe könne nur eintreten, wenn es gelinge, Volk und Reichstag zu überzeugen, daß die Steuer namenlos elend im Gefolge habe. Anstehend bereite man das Monopol vor. Die Interessenten dürften deshalb keine Zweideutigkeiten aufkommen lassen.

B i l l (Ladeninhaber): Man müsse zum Ausdruck bringen, daß Arbeiter und Mittelstand mit den exultanten Handelskammerherren nichts gemein haben. Redner bemängelte weiter die Form der Einladung, die politische Zwecke verfolgte, und meinte, v. Eim habe Gesselbarth falsch verstanden.

v. E i m wies dies zurück. Das Mißtrauen gegen die Fabrikanten sei berechtigt; habe doch einer gesagt: „Es kann nicht schaden; die Preise würden erhöht, und die Arbeiter hätten auch Vorteil davon.“ Man werde ja sehen, wie die Freisinnigen sich verhalten würden. Die Regierung halte an der Vandalensteuer fest, weil die Großfabrikanten ihr nur 125 Mk. Zoll böten, sie aber mehr haben wolle. Nicht im Dienste einer Partei, sondern für die Arbeiter handle der Redner. Der Kongress in Berlin werde stark besucht werden. Alle Parteien seien eingeladen. Hoffentlich träten auch andre Parteien außer den Sozialdemokraten für die Arbeiter ein.

Nach einstimmiger Annahme nachstehender Resolution schloß Gadelberg mit einem Appell, Front zu machen gegen die Steuer, die impotente Versammlung.

Resolution:

„Die heute im großen Saal von Segebiels Stabliement in Hamburg tagende Versammlung der Tabakinteressenten, Rohabzöhlern, Zigarettenfabrikanten, Zigarettenhändler und Tabakarbeiter fordert nach der öffentlichen Erklärung des Herrn Joh. W i l h. v. E i d e n, nach welcher die von der Hamburger Handelskammer gehörten Sachverständigen sich dieser gegenüber gegen jede Mehrbelastung der Tabakindustrie ausgesprochen haben, die Hamburger Handelskammer auf, ihre unwahre Erklärung in ihrem Bericht, nach welcher sie in Uebereinstimmung mit den Interessenten eine Erhöhung des Tabakzollens und der inländischen Tabaksteuer unter Beibehaltung der bestehenden Spannung empfohlen habe, sofort öffentlich und der Reichsregierung und dem Reichstage gegenüber richtig zu stellen.“

Nach der veröffentlichten unrichtigen Erklärung der Hamburger Handelskammer halten die versammelten Tabakinteressenten es für notwendig, nochmals mit aller Deutlichkeit zu betonen, daß sie die Erhöhung des Tabakzollens und der Inlandssteuer für eine gleich schlimme Schädigung der Industrie halten wie die Einführung der Vandalensteuer.

Jede Zoll- und Inlandssteuer-Erhöhung würde in erster Linie in ungerechter Weise den Massenkonsum belasten und dadurch einen Rückgang desselben um einen mindestens ebenso hohen Betrag, wie die Mehrbelastung ausmacht, bewirken.

Taufende Existenzen von Zigarrenfabrikanten, Händlern und Arbeitern würden dadurch vernichtet werden.

Die Tabakinteressenten erklären, daß, wo sie in gleicher Weise durch Zahlung von direkten und indirekten Steuern zu den Lasten von Reich, Staat und Gemeinde wie alle übrigen Staatsangehörigen beitragen, niemand das Recht hat, darüber hinaus von ihnen „aus Patriotismus“ das Opfer ihrer Existenz zu fordern. Die Versammelten protestieren dagegen, daß, wo gegenüber allen andern Industrien, z. B. gegenüber der Zuckerindustrie und der Branntweinbrennerei, die gesetzgebenden Faktoren die weitgehendste Rücksicht üben, die Tabakindustrie fortgesetzt durch neue, die gesamte Industrie schädigende Steuerprojekte beunruhigt und in ihrer Existenz bedroht wird. Die versammelten Interessenten fordern die sämtlichen Parteien des deutschen Reichstags auf, ihren gegenüber der Zollerhöhungsvorlage der Reichsregierung im Jahre 1906 entwickelten Grundsatzen treu zu bleiben und nicht nur die Vandalensteuer, sondern auch etwaige Vorschläge auf Zoll- und Steuererhöhung ebenso einstimmig wie 1906 abzulehnen.“

Hamburg. Kombinierte Mitgliederversammlung der Zahlstellen Hamburg, Altona, Ottensen, Barmbeck, Wandsbeck und Schiffbeck am 11. Januar bei Stange. Zur Gewerkschaftshausfrage bemerkte Gadelberg, daß es notwendig sei, diese Waffenschmiede der Arbeiterschaft hochzuhalten. Leider sei die Rentabilität nicht so, wie sie sein sollte; die Gewerkschaftshausverwaltung habe alles aufgeboten, um die Frequenz zu heben und die Rentabilität zu stärken, doch sei der Erfolg ausgeblieben. Daraufhin habe die Kartellkommission in einer Versammlung der Delegierten und Gewerkschaftsvorstände Vorschläge machen lassen zu dem Zwecke, die Existenz des Gewerkschaftshauses sicher zu stellen. Von den verschiedenen Vorschlägen sei dann die zinsfreie Erhöhung des Stammkapitals, und zwar pro Mitglied um 2 Mk., sowie die Erhebung eines laufenden Beitrages von 20 Pfg. pro Mitglied und Jahr als am geeignetsten gefunden worden, den Mitgliedern zur Urabstimmung zu unterbreiten. Die Ortsverwaltungen hätten sich mit der Sache befaßt und beschlossen, diese beiden Vorschläge heute Abend zur Annahme zu empfehlen. Redner bittet, diesen beiden Vorschlägen zuzustimmen. Görmann bemerkt, leider lasse sich wegen der Kürze der Zeit nichts mehr machen, deshalb müsse man den Anträgen zustimmen. Er könne es aber nicht für gut finden, daß unserm Fonds 4000 Mk. entnommen werden, welche wir eventuell sehr notwendig gebrauchen müssen. Er hätte gewünscht, daß die besser entlohnenden Gewerkschaften etwas mehr bezahlte und damit die schlechter entlohnenden Kategorien, wie die Tabakarbeiter, etwas entlastet hätten. Redner möchte verhindern, daß in Zukunft neue Lokalbeitrags erhöhungen notwendig werden. Wadhing ist für die Erhöhung des Stammkapitals, aber gegen Zahlung eines laufenden Beitrages. Sander führt aus, die schlechte Lage des Gewerkschaftshauses beruhe zum Teil auf die dort gezahlten hohen Löhne. Andre bürgerliche Betriebe zahlten gar keine Löhne. Er bittet, die Vorschläge anzunehmen. Quast erkennt die schlechte Lage der Tabakarbeiter an; bittet aber doch, den Anträgen zuzustimmen, da wir unser eigenes Heim schützen müßten. Nach längerer Debatte, an der sich Bierer, Sander, Quast, Ostertag und Görmann beteiligten, geht Gadelberg in seinem Schlusswort auf die gemachten Ausführungen ein und bittet nochmals, die Anträge anzunehmen. Hierauf wird der Antrag betreffs Stammkapital mit allen gegen eine, der Antrag betreffs eines laufenden Beitrages mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Struhlen stellt den Antrag: „Die im ganzen Komplex gleichmäßig erhobenen Lokalbeiträge von 5 Pfg. pro Woche in einer Zentralkasse zu verwalten“, statt wie bisher in jeder Zahlstelle. Die Gelder würden durch kombinierten Versammlungsbeschluss zentralisiert erhoben und müßten demzufolge auch zentralisiert verwaltet werden. Auch werde dadurch ein besserer Ueberblick über die Höhe der vorhandenen Gelder geschaffen werden. Nachdem Weggerow gegen und Görmann und Gadelberg für die Zentralisation gesprochen, wird der Antrag Struhlen angenommen. Hierauf erstattet Gadelberg den Jahresbericht. Die Gesamteinnahme beträgt 4013.88 Mk., die Ausgabe für den Gau 925.08 Mk., für örtliche Zwecke 3354.77 Mk.; die Gesamtausgabe beträgt 4279.85 Mk. und übersteigt die Einnahme um 265.97 Mk., welche letztere Summe Redner, um nicht so viel Geld im Hause zu haben, solange von den Geldern genommen hat, welche zur Tabaksteuerbekämpfung gesammelt worden sind. Die Frequenz der Arbeitsnachweise stellt sich folgendermaßen dar: In Hamburg wurden insgesamt 127 Arbeiter gesucht, davon wurden 113 Stellen besetzt und 14 blieben unbesetzt. In Eimsbüttel wurden 1252 gesucht, davon 1127 besetzt und 125 unbesetzt. In Altona wurden 885 gesucht, davon 867 besetzt und 18 unbesetzt. In Ottensen wurden 1120 gesucht, davon 1042 besetzt, von welchen 142 meistens Juristinnen nicht organisiert waren. Nicht besetzt wurden 78 Stellen. In Wandsbeck wurden 54 gesucht, davon 42 besetzt und 12 unbesetzt. In Barmbeck wurden 110 gesucht, davon 77 besetzt und 33 unbesetzt. In Schiffbeck wurde an 10 Zigarrenarbeiter Arbeit nachgewiesen; davon waren 6 nicht organisiert. In den vier Bureaus Eimsbüttel, Altona, Ottensen und Barmbeck, von welchen vollständige Angaben für das ganze Jahr vorliegen, liefen 3367 Gesuche ein, von welchen 3113 besetzt wurden und 254 unbesetzt blieben. Prozentual wurden 92.5 besetzt und 7.5 nicht besetzt. Im Jahre 1907 wurden in diesen vier Bureaus 4294 Arbeiter gesucht, davon 3353 Stellen besetzt und 941 blieben nicht besetzt, was einen Prozentfuß von 79.1 besetzten und von 21.0 unbesetzten Stellen ergab. Mit hin ein Beweis, daß die Konjunktur im Jahre 1908 nicht so günstig war wie 1907. Im Gau war die Konjunktur etwas günstiger als am Plage, und ließ sich etwas mehr erzielen. In Wittenburg wurden 16 Sorten Zigarren im Lohn erhöht und der Minimallohn von 6.50 auf 8 Mk. gebracht. In Grabow erhöhten zwei Firmen familiäre zwölf Sorten und den Minimallohn von 8 auf 8.50 Mk. In Rostock beträgt jetzt der Minimallohn 9.50 Mk. In Schwaan soll zu Anfang des Jahres 1909 der Minimallohn von 7.50 auf 8 Mk. erhöht werden. Eine Wredtkeher Firma ließ in Heide Hausarbeit zu einem geringen Lohn machen. Sie erklärte sich bereit, dieselbe einzuziehen. Auch wurden einige Sorten des schlechten Materials wegen im Lohne erhöht. In Neumünster ist von vier Firmen der Minimallohn von 10.50 Mk. anerkannt. Die andern Firmen sind gesperrt. Der Kampf hat ein halbes Jahr gedauert. Alle Streikenden sind untergebracht. In Blankensee erhöhten drei Firmen mit neun Arbeitern 12 Sorten. Der Minimallohn für kleine gerade Fassons beträgt 10 Mk. In Kelling wurden einige Mißstände abgeschafft. Eingegangen sind die Zahlstellen Voigzenburg und Burgwedel-Schnellen. Neu gegründet wurden Lauenburg, Segeberg, Wittenberge und Blankensee. Außerdem wurde noch Hausagitation in Seide und Voigzenburg vorgenommen. Im Hamburger Städtekomplex wurden von 14 Firmen 49 Sorten im Durchschnitt von 84.9 Pfg. pro Wille erhöht. Verschiedene Firmen versuchten Lohnreduktionen vorzunehmen, welche abgelehnt wurden. Ein Versuch, bei den Firmen Rasch und Caprano die Havannazigarren im Lohn zu erhöhen, schlug fehl. Des weiteren haben noch eine Anzahl mündliche und schriftliche Verhandlungen mit hiesigen Firmen über deren auswärtige Filialen stattgefunden. Bei der Zigarettenfirma Upos Antiaris wurden im Herbst letzte Löhne für männ-

Die verderblichen Wirkungen auf die Zigarettenindustrie und vor allem für deren Arbeiterschaft ausgeübt hat. Er verurteilte scharf das Verhalten der Regierung, die zur Begründung jener Steuerentwürfe anführte, daß die Zigaretten gegenüber den Zigarren allzusehr im Vorteil seien, und nun wieder, nachdem jener Zweck erreicht ist, aus Gründen „ausgleichender Gerechtigkeit“, die Zigarettenindustrie mit neuen Steuern belasten will. Die Folgen der Zigarettensteuer zeigen sich u. a. darin, daß die Maschinenarbeit selbst in solchen Fabriken eingeführt wurde, die bisher ausschließlich Handarbeit machten, die Preise immer mehr gedrückt, Arbeiter und Arbeiterinnen in Masse arbeitslos gemacht wurden. Die Firma Garbath-Berlin hatte vor Einführung der Vandalensteuer circa 400 Handarbeiter; heute hat sie vier große Maschinen und nur noch 180—200 Handarbeiter. Gleichzeitig hat diese Firma Kommissionsarbeit nach Cotta bei Dresden vergeben. Es ist nach Einführung der Steuer allgemein geworden, daß die großen Firmen sowohl aus Berlin wie aus Dresden auf dem Lande Filialbetriebe errichten, um an den Arbeitslöhnen zu sparen. Die Firma Manoli-Berlin beschäftigt nun in Schneidemühl 60—70 Arbeiterinnen und zahlt dort für dieselben Sorten, für die es in Berlin 2.55 bis 3.95 Mark gibt, 1.60 bis 1.90 Mark. Daneben hat infolge der Steuer die Lehrlingszucht sich entwickelt. In Dresden wird für die halbjährige Lehrzeit 20 Mark Lehrgeld verlangt, das zurückgezahlt wird, wenn die Arbeiterin noch 1½ Jahre im Betriebe bleibt. Dadurch sucht man sich stets einen Stamm äußerst williger und billiger Arbeitskräfte zu schaffen. Früher wurden in Dresdener Zeitungen oft Zigarettenarbeiterinnen nach auswärts verlangt, jetzt liest man fast nur noch, daß hier und da eine Arbeiterin verlangt wird, damit sie auswärts auf dem Lande andre anlerne. Die Arbeitslosigkeit hat ungeheuer zugenommen, und diejenigen, die nicht in vollem Maße davon betroffen sind, arbeiten bei verkürzter Arbeitszeit. Der Redner fordert zum Kampf auf gegen die neue Steuerentwürfe, gegen das ganze volksfeindliche Steuersystem und die Regierung, die auf Kosten einer so elend bezahlten Arbeiterschaft immer neue Steuern erpreisen will.

Der Vorsitzende verliest eine Sympathieerklärung der Föderation belgischer Tabakarbeiter, die die Hoffnung aussprechen, daß es ihren deutschen Kollegen gelingen möge, die Steuerpläne abzuweisen.

Arnold-Altona protestiert im Namen der Zigarrenarbeiter gegen die Steuerpläne. Durch die Zigarrenbanderole werde dieser ganze Beruf mit Vernichtung bedroht. Die Sortierung und Verpackung diene ja nur dazu, dem Käufer die Ware äußerlich ansprechender zu machen. Wird die Bänderolesteuer eingeführt, so werde man die Zigarren mehr als bisher schon ohne Sortierung in Kisten zu 500 und 1000 Stück verpacken. Redner schildert, wie die sowieso schon unzureichenden Löhne der Zigarrenarbeiter in den letzten Jahren zurückgegangen sind, wie immer mehr weibliche Arbeitskräfte eingeführt wurden. Man müsse den Protest gegen die neue Vorlage in alle Welt hinausjagen, viellecht würde die Reichstagsmehrheit es sich doch noch überlegen, ob sie wieder einmal Tausende von Arbeitern dem Elend preisgeben dürfe.

Goldschmidt, Vertreter des Verbandes der Girsch-Dunderschen Gewerkschaften, erklärt, daß sich seine Organisation dem Proteste durchaus anschließen, und schildert, wesentlich im Sinne des Referenten, welche verderbliche Wirkung die geplante neue Belastung der Tabakindustrie haben muß, und daß, wie nach 1879 eine Umänderung der Tabakindustrie von Nord nach Süddeutschland stattfand, dann eine solche vom Süden nach dem Osten mit seinen noch billigeren und anspruchsloseren Arbeitskräften folgen werde, so daß in den bisherigen Sigen der Industrie die Arbeiterschaft dem Hunger preisgegeben und nebenbei auch die Armenlasten der Gemeinden steigen würden.

Cherle-Bremen, Vertreter der Kautabakararbeiterschaft, bemerkt, daß man es bitter empfinden müsse, daß gerade auch die Kreislöhner, denen ja der vorige Redner angehört, sich nur zu leicht bereit zeigen, neuen Belastungen der Arbeiterschaft zuzustimmen. Der Redner schildert dann die traurigen Folgen, die die bestehenden Steuern schon der Arbeiterschaft seiner Branche zugefügt haben. Der Affordolohn wird nach Gewicht des Produktes berechnet. Die Gespinste und Rollen mühten nun immer schwächer hergestellt werden. Kamern vor 1879 40 Rollen auf ein Kilo, so sind es jetzt bis zu 120, die für den gleichen Preis gemacht werden sollen. Die Produktion der kleinen Gewerkschaftsfabrik der Kautabakararbeiter allein war im Jahre 1907 mit 53 300 Mark Zoll und Steuer belastet, und für die 50 000 Doppelgatter, die die Industrie insgesamt produzierte, machte die Belastung nicht weniger als 4 100 000 Mark aus. Durch die neuen Steuern würden die elenden Löhne natürlich noch viel mehr herabgedrückt. Wie groß das Elend jetzt schon ist, zeigt der Bericht der Handelskammer des Bezirks Minden, wonach dort 5822 schulpflichtige Kinder in der Tabakindustrie tätig sind. Eine Regierung, die sich erdreistet, eine Industrie mit so traurigen Arbeitsverhältnissen immer von neuem zu belasten, verdient bei der Arbeiterschaft nicht das mindeste Vertrauen.

Sillier, Vertreter der Lithographen und Steindrucker, weist nach, wie verderblich auch auf diesen Beruf die neuen Steuern wirken müssen, ja, wie die Steuern schon jetzt ihre Schatten vorauswerfen, schon zu einer ungeheuren Steigerung der Arbeitslosigkeit außerordentlich stark beigetragen haben. Ein Sechstel der Berufsangehörigen sind mit der Steindruckarbeit für die Tabak- und Tabakfabrikatpackungen beschäftigt. Infolge der drohenden Steuer werden jetzt schon Packungen, die bisher achtfarbig hergestellt wurden, nur noch fünffarbig, solche, die bisher fünffarbig, nur noch dreifarbig hergestellt. Das bedeutet um ein Drittel weniger Arbeitsleistung, weniger Lohn und mehr Arbeitslosigkeit. Dazu kommt die geplante Plakatsteuer, die das Steindruckgewerbe nicht minder hart treffen wird; dann der Umstand, daß infolge der unermühtigen Zollpolitik der Auslandsmarkt für die deutsche Steindruckindustrie immer mehr abgeschnitten wird. Die Zigarettenbanderolesteuer wird die kleinen Zigarettenfabrikanten vernichten und so den Weg ebnen für das Monopol, das die Arbeit der Lithographen und Steindrucker für die Tabakindustrie überhaupt beseitigt, wie man jetzt schon in Oesterreich keine Steindruckarbeit für die Tabakindustrie braucht.

Loth, Buchbinderverband, bemerkt, daß es dem Meinsgewheiten selbst am ehesten erscheinen könnte, daß auch seine Organisation ganz besonders Grund habe, sich an dem Protest gegen die neue Belastung der Tabakindustrie zu beteiligen. Es sind aber allein in Dresden 500 im Buchbinderverband organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen mit der Herstellung der Verpackungen, der Kartons für die Tabakfabrikate beschäftigt, und in Berlin sind es 777. Dabei sind die noch unorganisierten Personen nicht mitgezählt, abgesehen davon, daß auch noch in anderen Städten eine große Zahl von Arbeitern und Arbeiterinnen diese Art Arbeiten ausführt. Die Arbeitslosigkeit muß natürlich durch die höhere Belastung der Tabakindustrie auch in jener Branche ungeheuer anwachsen. Man wird suchen, die Löhne, die sowieso schon in der Kartonbranche äußerst niedrig sind, noch mehr herabzudrücken. Der Redner verurteilt in weiteren Ausführungen aufs schärfste die ganze verderbliche Zoll- und Steuerpolitik der Reichsregierung und ihrer Helfershelfer.

Lührs-Bremen, Riefmacher, zeigt, wie auch in seinem Berufszweig die neue Belastung verderblich wirken muß, weil man an der Ausstattung sparen wird. Sieht man doch jetzt schon in den Zigarrenläden immer häufiger die Aufschrift: „Keine Ausstattung — bessere Qualität!“ Wie die Riefmacher, werden auch die Bellerinnen noch mehr dem Elend preisgegeben werden.

Schüler-Bielefeld berichtet, daß in der Tabakarbeiterarbeiterschaft Westfalens eine ungeheure Empörung über die geplante Vernichtung ihrer Existenz Platz gegriffen hat, was sich auch darin schon zeigt, daß von dort allein 100 Delegierte gefandt sind zum Kongress. 30 000 Menschen arbeiten dort am Tabak und sind mit Ruin bedroht, von dem fast 100 000 Familienangehörige mitbetroffen werden müssen. Elend ist jetzt schon ihr Los, Krankheit, Invalidität und früher Tod. Die Protestbewegung ist allgemein, selbst Pastoren haben sich ihr angeschlossen. Der Pastor Bodelschwingh erklärte in einer Rede: „Die Zigarrenarbeiter sterben früh, am ersten stirbt meist die Frau. Sterben sie nicht früh, so werden sie früh invalide.“ Er hat das auf Grund der Totenbücher festgesetzt. Kommt die Tabaksteuer, so bedeutet sie den Leidenstein für abermalige Tausende von Tabakarbeitern. Die Reichstagsabgeordneten sollten der Regierung sagen, daß es Leute gibt, die das Geld haufenweise verprassen; die sollte man besteuern, aber nicht das Elend der Tabakarbeiter.

Schlochmann-Minden berichtet u. a., daß die Fabrikanten sich zwar nicht in den Protestversammlungen der Arbeiterschaft blicken lassen, aber wenn irgendwem mit den elenden Löhnen, die im Durchschnitt kaum 600 Mark jährlich ausmachen, nicht zufrieden sein will, erklären, daß sie auswandern wollten, die Arbeiter dann gar nichts mehr zu tun hätten.

Berner-Trebbin: Die Tabakarbeiter, die die frühere Zeit durchgemacht haben, wissen, was für ein Elend mit der neuen Tabaksteuer hereinbricht.

Heininger-M. Alheim im Maingau teilt mit, daß dort der Gemeinderat sich dem Protest gegen die Steuerentwürfe angeschlossen hat. In der Hausindustrie werden dort 5 bis 7 Mark die Woche verdient. Kinder werden von frühestem Jugend zur Arbeit herangezogen.

Brinkmann-Springe i. W.: Die Zigarrenmacher gehören zu den Ärmsten der Armen. Die geplanten neuen Steuern machen bei uns jetzt schon ihre Wirkung geltend. Als wir den Protest dagegen beschlossen, darauf hinwiesen, wieviel Existenzen dadurch vernichtet würden, meinte der Pastor, es schade nichts, wenn die Leute aus der Gemeinde wegzögen.

Gräbener-Hanau: Wie andre Handelskammern, hat es auch die in Hanau abgelehnt, gegen die Steuerentwürfe zu protestieren; aber ihr Vorsitzender hatte es um so eiliger, nach Berlin zu reisen, um mit Dernburg über die vermeintlich gefundenen Diamanten zu konferieren. Die Finanzkommission des Gemeinderats, in der auch ein Zigarrenfabrikant sitzt, hat einen Protest ebenfalls abgelehnt, weil die Handelskammer schon Stellung genommen habe. Auch die Zigarrenlisten- und Formenindustrie wird aufs schwerste durch die neuen Steuern geschädigt werden. Schon jetzt wird mit Rücksicht darauf nur fünf Tage die Woche gearbeitet, und schon jetzt ist erklärt worden, daß, wenn die Vorlage Gesetz wird, viele Arbeiter entlassen werden müssen. Verrat am Volke wäre es, wenn die Abgeordneten der Vorlage ihre Stimme geben.

Lange-Herzberg am Harz schildert die traurigen Löhne, die dort in der Tabakindustrie gezahlt werden und ruft ebenfalls zum Protest gegen die neue Belastung auf.

Kleine-Golzhausen bei Rhymont: Der Gemeinderat wollte von einer Protesteigabe an die Reichsregierung nichts wissen, weil der Kreisamtmann solches Vorgehen verworfen hatte. Der liberale Abgeordnete des Kreises scheint nur zu geneigt, trotz des zu erwartenden Elends, der Vorlage in der einen oder andern Form zuzustimmen, obwohl er bei der Stichwahl versprach, gegen jede indirekte Steuer zu stimmen. Der Redner mahnt zur äußersten Vorsicht mit den Liberalen bei den Wahlen. Sorgt dafür, daß wirkliche Volksvertreter und keine Volksverräter gewählt werden.

Meister-Leopoldshöhe (Lippe) führt aus, daß sowohl die Tabakarbeiter seines Bezirks als auch die Lippeischen Ziegler mit der Politik des Vertreters des dortigen Kreises, Abgeordneten Neumann-Hofer nicht einverstanden seien. In einer Versammlung habe Neumann-Hofer versprochen, gegen die Steuererhöhung zu stimmen, nachdem man ihm vorgehalten, daß er mit Hilfe der Arbeiter in den Reichstag gewählt worden sei. Wir wollen abwarten, ob Neumann-Hofer Wort halten wird.

Wartel-Lungenau: Der Abgeordnete unfres Kreises, der Reichsverbandsgeneral Liebert, hat gezeigt, daß er von den Angelegenheiten der Tabakindustrie nichts versteht. Er hat auf unsere Einladung zu einer Versammlung geschrieben, er habe das größte Interesse für die Tabakindustrie und werde dahin wirken, daß die Steuer auf die Konsumenten abgewälzt werde. Diese Bemerkung beweise, daß Liebert auch von nationalökonomischen Fragen nichts versteht. Kommerzienrat Vogel, der an den Patriotismus der Steuerzahler appelliert, zahlt seinen Arbeitern Stundenlöhne von 20 Pfg. Von solchem Lohn wird auch der größte Patriot keine höheren Steuern zahlen können. Die Steuererhöhung ist gleichbedeutend mit der Erdrosselung der Tabakarbeiter. Darum fort mit dieser Vorlage.

Hierauf wurde die weitere Debatte vertagt.

Gaukonferenz für Bayern.

Am Sonntag, 10. Januar, tagte im Lokal: Drei Könige in Ansbach eine öffentliche Konferenz der bayerischen Tabakarbeiter. Wilde mann, als früherer Gauleiter des 10. Gau, eröffnete die Konferenz mit einer Ansprache und heißt die Kollegen willkommen. Ins Bureau wurden Wilde mann als Vorsitzender und Klaus-Ansbach als Schriftführer gewählt. Zum Referat über die Tabakbesteuerung erhält das Wort Kollege Heising-Strasbourg. Redner geht zunächst auf die finanzielle Lage des Reiches ein, auf die gewaltigen Reichsschulden in Höhe von 4½ Milliarden Mark, deren Entstehung und Wirkung. Schuld an dieser Schuldenwirtschaft haben einzig und allein die Mehrheitsparteien des Reichstages, welche allen Vorlagen der Reichsregierung auf dem Gebiete des Militarismus, Marinismus und der Kolonialpolitik ihre Zustimmung gaben, aber nicht dafür sorgten, daß diese Ausgaben ordnungsgemäß gedeckt wurden, sondern den Weg des Schuldenmachens vortzogen und der Einführung der indirekten Besteuerung aller Bedarfsmittel und Bedarfsartikel ihre Zustimmung gaben. Darunter leide auch das Tabakgewerbe. Seit der Steuererhöhung im Jahre 1879 sei eine vollständig veränderte Lage der Arbeiterschaft in der Tabakindustrie eingetreten. Der Konsum ging enorm zurück, infolgedessen machte sich eine Minderproduktion notwendig, worauf große Arbeiterentlassungen eintreten. Die Unternehmer benutzten diese und verlegten die Filialen aufs platte Land, wohin ihnen die arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter folgen mußten, wollten sie nicht gänzlich verhungern. Die weitere Folge war ein Sinken der Löhne um 3 bis 5 Mark pro Wille. In den Jahren 1893—95 waren die Lohnverhältnisse der Tabakarbeiter dergestalt gesunken, daß ein Kollarbeiter nur 515 Mark im Jahre erzielen konnte, dagegen stellte sich das Durchschnittsjahresinkommen aller beruflichen Arbeiter auf 930 Mark im Jahr. Trotzdem hat man es noch öfter versucht, den Tabak noch mehr bluten zu lassen. Im Jahre 1882 gaben die Abgeordneten ihrer Meinung dahingehend Ausdruck, daß eine Mehrbelastung des Tabaks nicht mehr angängig sei. Dieser Stellungnahme ist man auch seitens der Abgeordneten in den nachfolgenden Jahren treu geblieben und hat die Vorlagen der Regierung rundweg abgelehnt. Die Gründe, die damals und zuletzt vor drei Jahren angeführt wurden, treffen auch noch heute zu. Die Lage der Arbeiter im Gewerbe hat sich noch in nichts verbessert; das geringe Steigen der Löhne wird reichlich aufgewogen durch die Verteuerung der Lebensmittelpreise. Der Durchschnittsjahresverdienst stelle sich auf 603 Mark, der aller beruflichen Arbeiter auf 1060 Mark im Jahre, also befinden sich

die Tabakarbeiter um 47 Mark im Jahr. Eine Steigerung sei gegen das Jahr 1893 um 88 Mark vorhanden. Die Getreibeizölle und Steuern haben aber eine Mehrbelastung von 130 Mark für eine Familie von fünf Köpfen mit sich gebracht; demnach könne man von einer Besserstellung der Arbeiter im Tabakgewerbe nicht reden. Das jense man auch sofort, wenn man einen Blick in die Betriebe werfe; überall arbeite die Frau an der Seite des Mannes in der Fabrik. Der zusammengetragene Lohn beider reiche oftmals kaum zum Lebensunterhalt aus, so daß die Kinder ebenfalls mit tätig sein müßten. Redner bespricht dann die gegenwärtigen Ausichten der Tabaksteuer. Die Führer der Bloßparteien im Reichstag haben freilich die Vandalensteuer abgewiesen, aber einer Erhöhung der Gewichtsölle stehen sie nicht ablehnend gegenüber. Auch aus den Volksversammlungen, welche seitens der bürgerlichen Abgeordneten in den letzten Wochen abgehalten wurden, leuchte hervor, daß von den früheren Gegnern einer Mehrbelastung des Tabaks viele zu Befürwortern einer Gewichtssteigerung wurden. Deshalb heiße es auf der Hut sein. Es müsse alles daran gesetzt werden, die Protestbewegung noch gewaltiger zu gestalten als bisher. Redner schloß mit einem Appell an die Delegierten, immer vorwärts im Kampfe zu drängen, bis die Vorlage zu Fall gebracht sei, um dann mit vereinten Kräften für eine Verbesserung der Lage der Tabakarbeiter wirken zu können. Nachstehende Resolution wurde vom Redner eingebracht:

„Die heute, am 10. Januar 1909, tagende öffentliche Konferenz der bayerischen Tabakarbeiter protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die von der Reichsregierung geplante Besteuerung der Tabakindustrie, sowie gegen jede andre indirekte Steuer auf Bedarfsartikel der Masse des Volks. Die Veranlassung hält das indirekte Steuersystem für ungerecht und verwerflich, indem es das arbeitende Volk im Verhältnis zum Einkommenswert stärker belastet als die begüterten Schichten der Bevölkerung. Eine höhere Besteuerung der Tabakindustrie, gleichgültig, ob in Form einer Vandalen- oder einer Gewichtssteuer, würde insbesondere, wie die Erfahrung lehrt, einen erheblichen Konsumrückgang an Tabakfabrikaten zur Folge haben und auch nicht nur allein viele Kleinbetriebe ruinieren, sondern auch viele Tausende von Tabakarbeitern arbeitslos und brotlos machen. Andererseits steht fest zu befürchten, daß die ohnehin nicht gut zu nennenden Löhne und Arbeitsverhältnisse im eminenten Maße verschlechtert werden, was unsägliches Elend unter den Tabakarbeitern heraufbeschwören würde. Desgleichen würden auch die Gemeinden, in welchen Tabakindustrie betrieben wird, sowie auch die Geschäftsleute dieser Orte erheblich geschädigt werden.“

Aus allen diesen Gründen fordert die heutige Konferenz, daß der Reichstag der höheren Besteuerung der Tabakindustrie die Zustimmung verweigern möge.“

Wilde mann gibt zunächst die namentliche Abstimmungsliste der Reichstagsabgeordneten bekannt, welche für die Zigaretten-Vandalensteuervorlage gestimmt haben. Darunter befinden sich auch eine Anzahl Bayern, die auch jetzt wieder als unsichere Kantonsratten zu betrachten sind. Zum Protestkongress müsse selbstverständlich Stellung genommen und den Verhältnissen entsprechend Delegierte entsandt werden. Für die Mittel müßten die Orte selbst Sorge tragen, denn es sind auch noch Agitationsausgaben vorhanden, an deren Deckung ebenfalls gedacht werden muß. Was die Resolution anbelange, so sei dieselbe den Verhältnissen entsprechend verfaßt und empfehle sich ihre einstimmige Annahme. Er schlägt vor, dieselbe allen bayerischen Abgeordneten zuzusenden, damit man sich nicht auf den Standpunkt stellen könne, aus Bayern sei nicht protestiert.

Oberle-München kritisiert das schlechte Organisationsverhältnis in Nürnberg. Es müsse dort nicht alles in Ordnung sein, denn früher seien dort andre Verhältnisse gewesen. Wenn auch die Einkünfte des Lokalfonds in München in letzter Zeit zurückgegangen seien, so wolle er doch dafür Sorge tragen, daß von München aus ein Zuzug nach Nürnberg gegeben werde, damit die Berliner Kommission nicht mit Ausgaben für Bayern beschwert werde.

Nach nochmaliger Verlesung wird die Resolution einstimmig angenommen.

Wilde mann führt aus, es sei ihm eine Mitteilung durch Oberle zuteil geworden, daß dieser unzufrieden sei über die Art und Weise, wie man die Gauberfammlung vorgenommen habe; er fordere deshalb Oberle auf, zur Sache Stellung zu nehmen.

Oberle-München: Als er das neue Verhältnis im Tabakgewerbe gelesen habe, sei er ganz erstaunt gewesen über ein derartiges Vorgehen. Man hätte doch in erster Linie München berücksichtigen müssen, ehe man mit der Festanstellung eines besoldeten Gauleiters vorgegangen sei. Die Tabak-, Zigaretten- und Zigarrenindustrie entwickle sich in Bayern immer mehr und werde man über kurz oder lang doch wieder eine Aenderung vornehmen müssen. Es scheine ihm, als wenn das Ganze eine eigenmächtige Handlung Deichmanns sei. München habe circa 115 Mitglieder, die man nicht einfach übergehen dürfe.

Wilde mann legt die Gründe seines Rücktritts dar. Er sträube sich natürlich in keiner Weise, auch fernerhin mitzuwirken in der Agitation für den Verband, dem er immer treu bleiben werde. Die Verhältnisse im 10. Gau seien aber dergestalt, daß von der Anstellung eines besoldeten Beamten keine Rede sein könne. Da habe man nach einem Ausweg suchen müssen. Aus den Reihen der Kollegen habe keiner das Amt als unbesoldeter Gauleiter übernehmen können, so sei denn der Gedanke einer Verfälschung des 10. Gaues mit dem 8. und 9. entstanden. Es habe eine Aussprache in Heidelberg stattgefunden, von welcher er den Vorstand unterrichtet habe, der sich dann unter diesen Verhältnissen der Sache angenommen habe. Die Mitglieder des 10. Gaues seien ja zunächst gar nicht im Vordertreffen gewesen, wohl aber die Kollegen im 9. Gau, die einen besoldeten Gauleiter in Heising hätten. Jene Kollegen mußten zunächst ihre Zustimmung zur Sitzverlegung und zur Verfälschung geben, und das sei nach reichlicher und eingehender Diskussion in Offenburg auf der Gaukonferenz geschehen. Ursache zur Unzufriedenheit hätten in allerletzter Linie die Kollegen im 10. Gau, denn diese seien glücklich dabei gefahren; das dürfte ihnen doch jetzt wohl klar sein.

Klaus-Ansbach meint, wenn der 10. Gau auch mit an der Abstimmung teilgenommen hätte, dann wäre das Resultat noch günstiger ausgefallen. Die Ausführungen Oberles seien hinfällig. Es sei durchaus korrekt vorgegangen, daß man zunächst die Kollegen im 9. Gau habe abstimmen lassen.

Heising: Der Kollege Oberle befindet sich in einem Irrtum. Es ist keine Neuankündigung eines festbesoldeten Gauleiters erfolgt, denn der Gauleiter des 9. Gaues war ja schon seit zwei Jahren in festbesoldeter Stellung; es hat nur eine Verfälschung des 9. und 10. Gaues stattgefunden. Wenn Oberle dem Kollegen Deichmann eigenmächtiges Vorgehen vorwerfe, so sei dieses in nichts gerechtfertigt. Er, Redner, könne konstataren, daß man sich auf Grund der eigenartigen Verhältnisse schon vor Jahresfrist mit der Verfälschungfrage beschäftigt habe. Wenn nun in der angegebenen Weise verfahren sei, so schließe das nicht aus, daß später abermalige Aenderungen vorgenommen werden, je nach Gestalt der Sache und wie sich die Organisation entwickelt. Wenn dann Aenderungen eintreten, dann haben auch die Münchener Kollegen ein Wort mitzureden, da sie ja jetzt mit zum 9. Gau gehören und an einer einberufenen Gaukonferenz teilnehmen und Sitz und Stimme haben. Es gäbe jetzt unter allen Umständen, alle Kräfte anzuspannen, um durch Agitation die Organisation vorwärtszubringen; dazu gebrauche er alle verfügbaren und brauchbaren Kollegen im Gau. In Zukunft werde die Sache so gestaltet, daß in den einzelnen Bezirken monatlich eingetiffen werde, und dann sei es Pflicht, daß man